Mittwoch, 14. November. (Abend-Ausgabe.)

Danziger Zeitung.

№ 10654. 1877.

Die „Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Ketterhagergasse No. 4 und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Petitzeile oder deren Raum 20 ₰. — Die „Danziger Zeitung" vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 14. Novbr. Wie in Abgeordnetenkreisen verlautet, hat der Kaiser einen Immediatvortrag seines Cabinets über die an ihn gerichteten Petitionen einer schlesischen Katholikenversammlung um Aufhebung der Maigesetze abgelehnt und die gedachten Petitionen zur ressortmäßigen Berichterstattung dem Cultusminister Dr. Falk überwiesen. — Nach einem anderen in denselben Kreisen verbreiteten Gerücht befände sich der Minister Dr. Friedenthal bei dem Fürsten Bismarck in Varzin.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Versailles, 13. Novbr. Deputirtenkammer. Der Antrag des Deputirten Leblond auf Abänderung der Geschäftsordnung, um dem Präsidenten ein wirksameres Verhindern von Störungen der Discussion zu ermöglichen, wurde mit 303 gegen 39 Stimmen angenommen, nachdem derselbe von den bonapartistischen Deputirten Cassagnac und Mitchell bekämpft worden war. — Der Deputirte Baragnon von der Rechten sprach gegen den Antrag auf Ernennung einer Commission zur Untersuchung der Mißbräuche während der Wahlperiode und hob hervor, eine solche Untersuchung könne nur auf Grund eines Gesetzes eingeleitet werden; die Deputirtenkammer allein könne ein solches Gesetz nicht herstellen. Der Deputirte Renault, früher Polizeipräfect, Mitglied der Linken, erklärte, der Kammer habe zu jeder Zeit das Recht auf Vornahme einer Untersuchung zugestanden.

Petersburg, 13. Novbr. Offizielles Telegramm aus Werenkaleh vom 12. d.: In der Nacht zum 9. d. rückte General Heimann bei Deweboyun in der Richtung auf Erzerum vor. In Folge der Finsterniß verirrten sich einige Colonnen und erreichten die für sie bestimmten Punkte nicht. Die Vorhut einer aus 3 Bataillonen des Baku'schen Regiments bestehenden Colonne drang in die Befestigungen von Azizie ein, bemächtigte sich dieses Platzes, machte die Garnison nieder und nahm 19 Offiziere und 540 Soldaten gefangen. Bei Einbruch der Morgendämmerung verließ unsere Vorhut die Befestigungen wieder, weil türkische Truppen in bedeutender Anzahl heranrückten. Die türkischen Gefangenen wurden mit fortgeführt. Unser Verlust betrug 32 todte, verwundete und contusionirte Offiziere und 600 Soldaten. Genauen Nachrichten zufolge erbeuteten wir in dem Kampfe bei Deweboyun 36 Geschütze.

Offiziell wird aus dem Kaukasus vom 11. c. gemeldet: Am 31. v. M. begannen die uns feindlichen Kabuleter ein Geplänkel mit der grusischen Druschina, welche bei den Kakutski'schen Posten stand, wurden aber bald umgangen und mit dem Bajonnet aus ihren Positionen vertrieben. Am 7. und 8. c. eröffneten wir von der Position Mukhaestate aus ein Artilleriefeuer gegen die türkische Position Chatzubani, um die Kräfte und die Disposition des Feindes zu ergründen. Es stellte sich hierbei heraus, daß die Türken die Vertheidigungskräfte ihrer Positionen nicht vermindert hatten, sondern dieselben mit bedeutenden Artillerie- und Infanterie-Abtheilungen besetzt hatten. Der Verlust der Russen betrug während dieser Tage: 1 Offizier verwundet, 8 Soldaten todt, 33 verwundet, 5 contusionirt. Der Chef des Stabes des Kubanischen Detachements, Oberst Kasbek, wurde contusionirt.

Belgard, 13. November. Ein Decret des Fürsten Milan verlängert das mit dem gestrigen Tage abgelaufene serbische Staatsbudget bis zur Einberufung der diesjährigen Skupschtina, längstens bis Ende December. d. J.

London, 13. November. Dem „Reuter'schen Bureau" wird aus Konstantinopel vom heutigen Tage gemeldet, daß Suleiman Pascha zum Commandanten der gesammten türkischen Truppenmacht in Rumelien ernannt worden sei.

Konstantinopel, 13. November. Nach hier eingegangenen Nachrichten haben gestern und vorgestern bei Silistria Vorpostengefechte stattgefunden.

Abgeordnetenhaus.

13. Sitzung vom 13. November.

Die zweite Berathung des Staatshaushalts für 1878—1879 wird fortgesetzt und zunächst der Etat für das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten ohne Debatte genehmigt. Dieser Etat weist, wie im vorigen Jahre, 411 600 M. an Ausgaben auf, darunter 90 000 M. Entschädigung an das Deutsche Reich für die Besorgung speziell preußischer Angelegenheiten und 275 400 M. für die Gesandten und Ministerresidenten in München, Karlsruhe, Dresden, Hamburg, Stuttgart, Darmstadt, Oldenburg und Weimar, sodann für einen Militär-Bevollmächtigten in München. Desgleichen wird ohne Debatte genehmigt der Etat der öffentlichen Schuld, welche am 31. März 1878 1 097 322 279 M. einschließlich 600 938 341 M. Eisenbahnschulden betragen wird, um 38 771 808 M. mehr als am 31. März 1877 in Folge der in der Zwischenzeit realisirten Eisenbahncredite. Die Verzinsung der Schuld wird im nächsten Etatsjahr 48 762 978 M., die Tilgung 17 472 617 M. beanspruchen.

Der Etat der Domänen-Verwaltung veranlaßt den Abg. Sombart zur Wiederholung der im vorigen Jahre von ihm gemachten kritischen Bemerkungen, denen Abg. v. Ludwig zwar insofern widerspricht, als er nicht zugeben kann, daß der Grundbesitz in den Händen des kleinen Besitzers sich besser verwerthet, als in den Händen des großen, und von denen Abg. Schmidt (Stettin) behauptet, daß sie eher in die Verhandlungen des Landes-Oekonomiecollegiums oder eines landwirthschaftlichen Vereins hineingehörten als in die Etatsberathung. — Der Abg. Sombart führt aus: Die Regierung scheint die Parcellirung der Domänen wegen der schlechten dabei erzielten Resultate zwar nicht aufgegeben zu haben, aber sie geht auch damit nicht weiter vor. Niedrigere Erträge aus den neuen Pachtcontracten sind nur im Reg.-Bezirk Stralsund wahrzunehmen und lediglich durch die wachsende Höhe der Culturkosten zu erklären; denn dort befinden sich 5—6 Proc. des Grund und Bodens in Stadtfluren, 16 Proc. entfallen auf den kleinen und der ganze Rest auf den sechsmal größeren Grundbesitz, der nicht so billig wirthschaftet wie der Bauer; daher auch in Schlesien und in Sachsen der große Besitzer immer mehr dazu übergeht, sein Land an die Bauern zu verpachten. Die Staatsregierung hat daher die Pflicht für einen vermehrten Kleingrundbesitz in Neuvorpommern zu sorgen. Ich habe mich anheischig gemacht, ungleich bessere Geschäfte mit der Parcellirung zu machen, als die Regierung auf Grund ihres Verfahrens natürlich erreichen kann, habe in diesem Frühjahr ein großes Gut im Regierungsbezirk Stralsund für den 36-, bez. 52fachen Grundsteuerreinertrag ohne bez. mit Inventar kaufen wollen, um der Regierung, nach deren Meinung Gebäude nicht mitparcellirbar sind, zu beweisen, wie man auf diesem Gut zehn Bauernhöfe etablirt. Durch ein höheres Nachgebot wurde ich außer Stand gesetzt, dem Lande dieses Musterstück vorzumachen. Wie soll denn eine Landgemeindeordnung in einem Regierungsbezirk möglich sein, in dem es keine Landgemeinden giebt? Und eine Landgemeindeordnung werden und müssen wir bekommen, wir stehen am Vorabend ihres Erscheinens (Heiterkeit). Die geeignete Hand für eine rationelle Parzellirung der Domänen wäre die des Ministers für die Landwirthschaft nicht die des Finanzministers. Leider muß ersterer im Augenblick noch die größere Last des Ministeriums des Innern tragen. Wäre da nicht die Constituirung einer selbstständigen mit größeren Machtbefugnissen ausgerüsteten, aus wenigen Personen bestehenden Commission ähnlich der Generalcommission vom Jahre 1817 angezeigt, der die Auswahl der betreffenden Domänen und die Bebauung und Besetzung derselben mit ländlichen Stellen übergeben würde? Wir produciren seit Jahren in Deutschland weniger Getreide als wir consumiren. Vor 30 Jahren führten wir noch aus und 1876 haben wir 34 Mill. Ctr. Getreide mehr ein- als ausgeführt, darunter 20 Mill. Ctr. Roggen. In Neu-Vorpommern (überhaupt in dünn bevölkerten Districten) könnte nach Gründung zahlreicher Bauerwirthschaften, welche mit Stallfütterung arbeiten, viel mehr Getreide gebaut werden. Dort liegen 3/7 des Ackerlandes mit wenig Ausnahme kleebrach, (2/7 ist Klee, 1/7 reine Brache) und 4/7 werden zu Körner- und Hackenfruchtbau benutzt. — Abg. Schmidt (Stettin) bemerkt, daß die Einnahmen aus den Domänen sich verminderten, weil Bietungslustige durch Versprechungen interessirter Personen vom Weiterbieten abgehalten würden. Leider sei der Paragraph des alten preußischen Strafgesetzbuches, welcher ein solches Einwirken auf die Bietungslustigen mit Strafe bedroht habe, nicht in das Reichsstrafgesetzbuch übergegangen, so daß nur durch die Circularverfügung des Finanzministers vom Jahre 1875, wonach die Pächter in solchem Falle mit verschiedenen Nachtheilen, selbst mit dem Verlust der Pacht bedroht werden, eine gewisse Abhilfe geschafft werden könne. — Abg. Miquel: Ob der Groß- oder Kleingrundbesitz vorzuziehen sei, sei lediglich eine Lokalfrage. In der Nähe größerer Städte komme der Kleingrundbesitz sehr wohl gegen den großen auf, zumal dann, wenn die Bauern sich zur Anschaffung von Maschinen entschließen. Dann kämen noch andere Umstände immer dem Kleinbesitz zu Gute: es sei ein Unterschied, ob Jemand selbst und in seinem eigenen Interesse sein Feld bestelle, oder ob er dies durch gemiethete und bezahlte Knechte thun ließe. Auch das Gebäudekapital drücke mehr auf einem großen als auf einem kleinen Grundstücke. Es seien daher bei der Parcellirung der Domänen vor Allem die lokalen Verhältnisse zu berücksichtigen. — Abg. v. Meyer (Arnswalde) tadelt, daß der Domänenfiscus so theure landwirthschaftliche Gebäude aufführe. Während man ein Tagelöhnerwohnhaus auf 30—60 M. für eine Familie jährlichen Miethswerth berechne, wisse er um ein vom Fiscus errichtetes „monumentales" Stallgebäude, in dem ein Ochse jährlich für 45 M. wohnt, also eine Ochsenfamilie für 180—200 M., während ein Ochse in der Privatwirthschaft ungefähr 12 M. jährlich verwohnt. (Heiterkeit.)

Beim Etat der Forstverwaltung wünscht Abg. Osterrath, daß man den Förstern gestatten möge, die Bekanntmachungen über Holzverkäufe in den gelesensten Blättern der betreffenden Kreise, auch wenn sie ultramontan seien, zu inseriren, weil sie sonst zum Ausschellen oder Umhersenden schriftlicher Bekanntmachungen, also zu sehr antiquirten Publicationsmitteln greifen müssen.

Zum Kap. 4, Tit. 4 dieses Etats: Zum Ankauf von Grundstücken zu den Forsten 1 050 000 M. beantragt v. Meyer: „Die zum Ankauf von Forstländereien bestimmte Summe ist in den künftigen Etats möglichst so zu normiren, daß sie dem Werthe der Grundstücke gleichkommt, welche gleichzeitig vom Domänen- und Forstbesitz des Staates abverkauft werden. Die Staatsregierung wird ersucht, diesem Grundsatze beizutreten." Graf Matuschka fügt in den Antrag die Worte ein: „Diese Summe darf jedoch für die nächste Zukunft nicht niedriger bemessen werden als 1 050 000 M." — Abg. v. Meyer: Sein Antrag wurde in der vorigen Session abgelehnt, dagegen ein Antrag der Budget-Commission von ähnlichem Inhalt angenommen. Trotzdem ist der Fonds nicht verstärkt und die in Aussicht gestellte Forststatistik nicht vorgelegt worden. Obwohl die Domänen gesetzlich für die Staatsschulden haften, so sind doch in den letzten 10 Jahren 5 Qudrt.-Meilen an Domainen und 1 Qudrt.-Meile Forsten verkauft worden. Allerdings sind aus dem Erlös Schulden getilgt, aber man verbessert doch durch Schuldentilgung nur dann sein Vermögen, wenn man keine neuen Schulden macht. Lieber wolle er zum Ankauf von Forsten eine Anleihe bewilligen, als für die „productiven" Zwecke, welche in der 126-Millionen-Anleihe bezeichnet sind. — Minister Camphausen: Im vorigen Jahre stellte der Antragsteller eine Rechnung auf, daß man Domänengrundstücke leicht für hohe Preise verkaufen, Oedland zur Aufforstung aber sehr billig ankaufen könne; er rechnete dabei eine Rente von 3½ Proc. heraus. Wer jemals mit solchen Dingen zu thun gehabt, wird wissen, daß aufgeforstetes Land in 25, ja in 40 bis 50 Jahren gar keinen Nutzen bringt. (Sehr richtig!) Also eine solche Rechnung ist vollständig haltlos. Daß es weder bei der Regierung, noch bei der Landesvertretung an gutem Willen fehlt, zeigt die bedeutende Steigerung des Fonds seit 1871, der bei günstigen Verhältnissen auch in diesem Jahre wieder verstärkt worden wäre. — Abg. v. Benda: Zwischen der Veräußerung von Domänen-Grundstücken und der Vermehrung der Forsten besteht kein Zusammenhang; die Budgetcommission hat ihn auch im vorigen Jahre abgelehnt und wird wohl auch in diesem Jahre so beschließen. Interessant wäre es, wenn der Finanzminister eine Vermögensbilanz des Staates mit den Veränderungen in den letzten 10 Jahren aufstellen wollte. — Abg. Reichensperger: Die Verordnung von 1820 genirt bei der Verfügung über die Domänen gar nicht, denn die Garantie für die Staatsschulden liegt anderswo. Er halte den Domänenbesitz für den schädlichsten Staatsbesitz. Dagegen sei der Forstbesitz so recht für den Staat geeignet und die neueren Gesetzgebungen beweisen das, indem sie den Privatforstbesitzern die stärksten Beschränkungen auferlegen. — Abg. Miquel: Der Besitz kleinerer Domänen ist jedenfalls weniger für den Staat geeignet, als der Forstbesitz. Es ist nicht unbedingt nöthig, daß der Erlös aus den Domänen in jedem Jahre ganz genau für Forstankäufe verwendet wird, sondern die Finanzpolitik soll diese Ausgleichung ungefähr eintreten lassen. — Abg. Richter: Ueber die Bedeutung der Aufforstung für die Landescultur herrsche keine Meinungsverschiederheit, aber der Antrag wolle die Budgetbewilligung in gewisse Grundsätze einschließen. Der Domänenbesitz sei nicht zu empfehlen, weil dadurch der Besitz der todten Hand vermehrt wird. Wenn man von Verminderung des Staatsbesitzes spricht, so ist doch auch an die Vermehrung desselben durch die Extraordinarien bei der Forst-, Domänen- und Eisenbahnverwaltung zu erinnern. — Minister Camphausen: Auch ich würde davon abrathen, die Domänen- und die Forstfrage mit einander in Verbindung zu bringen. Die Domänen der alten Provinzen haben gewisse Verpflichtungen als Garantie für die Staatsschulden, die zwar an sich ziemlich überflüssig ist, aber formell doch nicht aufgehoben werden kann. Die Staatsforsten sind auch nicht fortwährend vermindert worden, denn die für Ablösungen u. s. w., also für Verbesserung der Forsten seit 1869 gezahlten Summen belaufen sich auf 25 330 002 M. Was man aus dem activen Staatsvermögen in diesem Jahre entnimmt, beläuft sich auf ca. 10½ Mill. M., auf die Tilgung der Staatsschulden werden aber abzüglich des Betrages, den das Consolidationsgesetz schafft, 11½ Mill. M. verwendet; also jedenfalls ein Zeichen, daß man diese Gelder nicht für die täglichen Bedürfnisse des Landes verwendet, sondern zur Schuldentilgung. — Der Antrag v. Meyer (Arnswalde) wird mit dem Unterantrag Matuschka der um 7 Mitglieder verstärkten Budgetcommission überwiesen und der Etat der Forstverwaltung genehmigt.

Es folgt der Etat der Verwaltung für Handel, Gewerbe und Bauwesen. Bei Kap. 12, Tit. 4 der Einnahmen (Gebühren für die Prüfung der Feldmesser) bespricht Abg. Sombart die ungenügende technische Ausbildung derselben. Der Besuch des Polytechnikums ist ihnen erschwert, weil zur Aufnahme in dasselbe ein Zeugniß der Reife von einem Gymnasium oder einer Realschule erster Ordnung verlangt wird. — Minister Achenbach: Die Regierung hat die Verhandlungen in Betreff der Regulirung des Geometerwesens fortgesetzt. Zu der weiteren Prüfung des Resulats beabsichtige ich, Mitglieder des Geometerstandes selbst zuzuziehen. Höhere wissenschaftliche Anforderungen sollen auch in Zukunft an die Geometer nicht gestellt werden, doch ist es die Absicht, daß die in den eigentlichen Staatsdienst tretenden Geometer einen Cursus an einer höheren polytechnischen Schule durchmachen sollen.

Abg. Richter (Hagen): Der Ministerpräsident Fürst Bismarck äußerte sich in der Reichstagssitzung vom 13. März folgendermaßen: „Ich bin der Meinung, daß das preußische Handelsministerium an und für sich inkongruent zusammengesetzt ist; es ist ganz unmöglich, daß ein und dieselbe Person die technischen Fragen des Bergbaues und der Fabrikation und die des Handels und des Verkehrs, die gewissermaßen mit der handelspolitischen Abtheilung des auswärtigen Amtes in nächster Verwandschaft stehen, so beherrschen soll, wie es zu wünschen ist. Es ist außerdem unnatürlich, daß der Handel, der mit dem Auslande in Beziehung steht, in dem größten Particularstaat eine besondere Vertretung habe, in dem Staat, dessen König zugleich der deutsche Kaiser ist." Der Reichskanzler äußerte weiterhin, daß er die Ziele, die ihm bei dieser Kritik vorschwebten, nicht an die Wand zeichnen wolle, sie würden sich aus der Kritik selbst ergeben. Ich erlaube mir nun die Anfrage, ob vor oder nach jener Aeußerung des Ministerpräsidenten im Schooße des Staatsministeriums Verhandlungen in der angedeuteten Richtung stattgefunden haben. — Minister Achenbach: Mir ist von solchen Verhandlungen nichts bekannt geworden. — Abg. Richter (Hagen): Dann haben wir es also im Reichstage nur mit einer gelegentlichen, spontanen Causerie des Ministerpräsidenten über dieses Thema zu thun gehabt. Ich würde auch sonst Verwahrung dagegen einlegen müssen, daß etwa im Laufe des Etatsjahres ohne unsere ausdrückliche Zustimmung Veränderungen in den Ressort-Verhältnissen des Handelsministeriums vorgenommen werden.

Bei Kap. 70 (technische Lehrstellen) verlangt Abg. Lüders Spezial-Fachschulen, besonders Baugewerbeschulen, als Appendix der bestehenden Gewerbeschulen, wie dies mit dem besten Erfolge in Sachsen schon vor vierzig Jahren geschehen sei. Dagegen sollten dann die Fachklassen gestrichen werden, welche zusammen mit der wissenschaftlichen ersten Klasse jetzt einen vielgliedrigen Kopf der Gewerbeschulen bilden. Diese Fachklassen, welche oft Jahre lang nur von 2, 3, höchstens 4 Schülern besucht werden, seien ein mißglücktes Experiment gewesen, an dessen Stelle man ein bereits bewährtes System treten lassen möge. — Der Handelsminister: Daß die Staatsregierung bemüht ist, in der Richtung eine Aenderung herbeizuführen, welche der Vorredner befürwortet, zeigt der vorliegende Etat, und sie hat auch die Absicht, mit Unterstützungen für Baugewerkschulen fortzufahren. Das Ministerium wird den Bestrebungen der Städte, die Gewerbeschulen zu reorganisiren, immer seine volle Unterstützung gewähren: allerdings würde diese Umgestaltung auch den Staat erheblich belasten, ich hoffe aber, daß sich die Angelegenheit zur Zufriedenheit des Landes wird erledigen lassen. Nur muß ich bitten, nicht in erster Linie auf die Schnelligkeit Werth zu legen, da hier nur ein allmähliches Eingreifen stattfinden kann. Zweifelhaft ist es nun ferner, ob die neuen Fachanstalten sämmtlich Staatsinstitute sein müssen. Ich sehe nicht ein, warum man den Communen die Initiative, welche sie vielfach schon ergriffen haben, entreißen soll; ich glaube vielmehr, daß eine Cooperation von beiden Seiten das Richtige sein wird. — Auf eine Anfrage des Abg. Rauthe, ob die Regierung nicht eine mildere Praxis bei der Auszahlung der Wohnungsgeldzuschüsse an die Gewerbeschullehrer walten lassen könne — sie zahle dieselben nämlich nur dann, wenn die Stadtgemeinden die ihnen zufallende Hälfte geleistet hätten — erwidert der Regierungs-Commissar, daß die Regierung dieser Anregung nicht Folge geben könne; es entspreche das auch der herrschenden Praxis.

Zu Titel 11b (Stipendien und Unterstützungen für die Ausbildung der Kunsthandwerker) bemerkt Abg. Cremer, daß es wünschenswerth wäre, wenn die Staatsregierung sich die Errichtung von Lehrwerkstätten angelegen sein ließe; die reichlichen Dispositionsfonds würden die Mittel hierzu darbieten. — Dieser Titel wie der Rest des Etats wird genehmigt.

Es folgt der Etat der Justizverwaltung. Zu Kap. 30, Tit. 5 der Einnahmen (Antheil aus dem Arbeitsverdienst der Gefangenen) erhebt Abg. Franz auf Grund persönlich gemachter Erfahrungen dieselben Einwendungen, welche bezüglich der Beschäftigung der Gefangenen bereits bei Gelegenheit der vom Ministerium des Innern ressortirenden Gefängnisse geltend gemacht wurden. Die Einführung des Tagelohns im Gegensatz zum Stücklohn sei durchaus verwerflich, namentlich beim Dütenkleben in Plötzensee. — Geh. Rath Starke: Wenn der Abg. Franz die Verhältnisse in Plötzensee etwas näher kennen gelernt hätte (Heiterkeit), so würde sein Urtheil über die Gefängnißarbeit anders ausgefallen sein. Bei den verschiedenartigen Arbeiten läßt sich ein Lohnsystem nicht durchführen; die einfachen Arbeiten werden nach Tagelohn, die complicirten nach Stücklohn berechnet. Zum Dütenkleben, der einfachsten Arbeit, werden die Gefangenen mit den geringsten Vorkenntnissen verwendet (Heiterkeit), deshalb ist hier das Tagelohnsystem angezeigt. Die Gefangenenarbeit müsse doch die freie Arbeit nicht allzusehr schädigen, sonst müßten sich bei der Submission der Gefängnißarbeit höhere Gebote erzielen lassen. Im Gegentheil seien jetzt schwer Arbeitsunternehmer für Gefangenenarbeit zu finden und viele derselben würden sich in Folge der jetzigen Industrieverhältnisse gern von ihrem Contrakte entbinden lassen. — Abg. Löwenstein fragt, wie es mit der Unterstellung der preußischen Gefängnißanstalten unter den Justizminister stehe und in welchem Stadium, falls die Regelung dieser Frage von dem Erlaß eines Strafvollzugsgesetzes abhängig gemacht werde, sich dieses befinde. — Geh. Rath Starke: Ueber den Stand der Reichsgesetzgebung in der Materie des Strafvollzuges sei die preußische Justizverwaltung bis jetzt nicht informirt. — Abg. Franz bemerkt, daß er in Plötzensee nicht zur Klasse der Dütenkleber gehört habe und daß die jetzigen traurigen Industrieverhältnisse, welche die Aufforderung von Unternehmern für die Gefängnißarbeit erschweren, nicht die Annahme eines verkehrten Lohnsystems rechtfertigen könnten.

Abg. v. Jazdzewski bittet, daß die Staatsanwälte in der Provinz Posen an ihre gesetzliche Pflicht erinnert werden, gegen diejenigen Geistlichen keine Anklage zu erheben, welche nur einzelne Amtshandlungen in einer anderen, als ihrer eigenen, Parochie vornehmen. — Reg.-Commissar Rindfleisch erwidert, daß nach einem Obertribunals-Erkenntnisse die einzelne Amtshandlung eines Geistlichen in einer benachbarten Parochie objectiv im Widerspruche zu Art. 2 des Gesetzes vom 21. Mai 1874 stehe; daß aber eine solche Handlung unter besonderen Umständen, namentlich wenn der Geistliche sich irrthümlich zu derselben ermächtigt geglaubt, straflos bleiben könne. Hiernach ständen die betreffenden Staatsanwälte auf völlig gesetzlichem Boden. — Abg. Schlüter beschwert sich darüber, daß es dem Justizminister zustehe, nach freiem Ermessen über Einnahmen zu verfügen, welche im Etat nicht als Einnahmen aufgeführt seien. Dies sei namentlich der Fall bei den Ersparnissen, die durch den Ausfall einer etatsmäßigen Richterstelle eintreten. Der Justizminister verwende diese Summen häufig zu Gratificationen an richterliche Beamte, was bei der Art und Weise, wie der gegenwärtige Minister dabei verfahre, zwar ohne Gefahr sei. Aber wenn ein anderer Minister an's Ruder gelänge und mehr aus politischen als sachlichen Gründen die Remunerationen vertheilte, so könne sehr leicht die Unabhängigkeit des Richterstandes dadurch geschädigt werden. — Reg.-Commissar Rindfleisch: Die endgiltige und grundsätzliche Lösung dieser Frage könne nur in dem Gesetze über die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Staats gefunden werden. — Abg. Franz beklagt, daß die katholischen Bureaubeamten im Justizdienste noch immer an katholischen Feiertagen arbeiten müßten. — Geh. Rath Rindfleisch erwidert, daß die Dispensation vom Dienste an katholischen Feiertagen den katholischen Bureaubeamten, soweit es ohne Schädigung des Geschäftsbetriebes geschehen könne, ertheilt würde. — Abg. Wachler (Breslau) beklagt, daß der bisherige direkte Geschäftsverkehr zwischen den preußischen und russisch-polnischen Justizbehörden laut einer Mittheilung des deutschen Generalconsulats in Warschau in Folge einer Reorganisation der russischen Justizbehörden aufgehoben sei. Dadurch werde namentlich in den Grenzbezirken im Gegensatz zu der bisherigen prompten Rechtspflege eine Verlangsamung derselben herbeigeführt. — Reg.-Comm. Glaubitz, dem die Angelegenheit hier zuerst zur Kenntniß kommt, verspricht ihre gründliche Erwägung.

Nächste Sitzung: Mittwoch.

Danzig, 14. November.

Im Abgeordnetenhause wurde gestern eine Reihe von Etats erledigt. Nicht uninteressante Debatten knüpften sich an die Etats der Domänen- und der Forstverwaltung. Wie gewöhnlich wurde auch diesmal von den nationalliberalen Abgg. Sombart und Miquel die Parcellirung von Domänen-Grundstücken zum Zwecke der Schaffung kleiner bäuerlicher Stellen warm befür-

wortet. Die in die Debatte geworfene Streitfrage, ob in der Landwirthschaft die Kleinwirthschaft oder die Großwirthschaft das Zweckmäßigere sei, wird sich, wie der Abg. Miquel ausführte, abstract und schlechtweg allerdings nicht entscheiden lassen; keine Frage ist aber, daß unter den concreten Verhältnissen, welche hier in Frage kommen, die Errichtung selbstständiger Bauernwirthschaften inmitten eines übertriebenen Latifundienwesens eine dringende Culturaufgabe ist. Bei dem Etat der Forstverwaltung concentrirte sich die ganze Debatte auf den schon heute früh im Wortlaute mitgetheilten Antrag des Abg. v. Meyer-Arnswalde. Der Finanzminister erhob Widerspruch gegen die vorgeschlagene Wechselbeziehung zwischen der Domänen- und der Forstverwaltung, wurde aber im Laufe der Debatte bedeutet, daß damit nur das Maß ausgedrückt sein solle, in welchem die Aufforstung unter allen Umständen betrieben werden müsse. Die Redner aller Parteien waren einig darin, daß die Erhaltung und Vermehrung der Forsten unerläßlich sei. Es wurde denn auch der Meyer'sche Antrag, obgleich über die Unzulässigkeit seiner ursprünglichen Form kein Zweifel war, der um 7 Mitglieder verstärkten Budgetcommission überwiesen. Die Berathung der Ordinarien des Handelsministeriums und des Justizministeriums, soweit dieselben gestern zur Discussion standen, verlief ohne erhebliche Debatte.

Wie wir hören, werden die Freunde der Freihandelspolitik am nächsten Sonntag in Berlin eine Versammlung abhalten, um über die gegenüber der Zolltarifsfrage einzunehmende Stellung zu berathen.

Die Schutzzöllner sind den Freihändlern zuvorgekommen. Der „autonome Tarif", welchen der „Centralverband deutscher Industrieller" ausarbeiten läßt, wird sicher auch seinerseits die Prohibitivtendenz zeigen, welche der nunmehr veröffentlichte österreichische Tarif befolgt. So sind wir denn ohne Zweifel an einem für unsere ganze Wirthschaftspolitik hochbedeutsamen Wendepunkte angelangt. Ein Vierteljahrhundert lang ist man in Deutschland und Oesterreich überwiegend der Meinung gewesen, daß beide Länder in ihren wirthschaftlichen Lebensbedingungen auf einander angewiesen seien, daß deshalb die vornehmste Aufgabe ihrer beiderseitigen Handelspolitik nur sein könne, die Verkehrsbeziehungen immer mehr zu erleichtern. Selbst der Krieg hat diese Ueberzeugung nicht erschüttern können. Und — was mehr sagen will —, die Industrie hat in diesem Vierteljahrhundert auf beiden Seiten eine nie geahnte Entwickelung genommen. Jetzt plötzlich werden wir belehrt, daß dies eine sehr thörichte und höchst verderbliche Politik gewesen; das Heil der Völker soll wieder in der möglichst großen Abschließung gegen das Ausland gesucht werden. Es handelt sich, trotz aller Beschönigungsversuche, um eine prinzipielle Umkehr von der Bahn einer verständigen Freihandelspolitik zu dem alten Schutzzollsystem. Die Frage ist, was Diejenigen, welche einer derartigen prinzipiellen Wendung widerstreben — und sie bildeten im deutschen Reichstage bisher die entschiedene Majorität — nunmehr thun sollen. Und hier können wir uns nicht verhehlen, daß die Retorsions- oder Kampfzollpolitik des Fürsten Bismarck auch unter den Freihändlern, welche sie früher weit von sich wiesen, immer mehr Freunde gewinnt. Einige schwärmen förmlich dafür; Andere sehen sie für das kleinere Uebel an. Sie sagen, wir würden jetzt vor die Alternative gestellt: entweder Retorsion gegen Oesterreich oder allgemeine Revision des deutschen Zolltarifs, d. h. vollständiger Bruch mit der bisherigen Handelspolitik, und hier könne die Wahl nicht schwer sein. Es gelte nur eine Uebergangszeit, Oesterreich würde bald nachgeben müssen, wenn wir ihm recht energisch zu Leibe gingen, schon jetzt fange es an, bedenklich zu werden. Namentlich Camphausen soll für hohe Vergeltungszölle gegen Oesterreich eintreten. Wie es heißt, wäre die Einbringung einer Vorlage über Eisenvergeltungszölle und über eine bedeutende Erhöhung der Weinzölle von 8 auf 30 Mk. pro Centner beabsichtigt. Selbstverständlich können derartige Maßregeln erst nach Vereinbarung mit dem Reichstage in Kraft treten. Bis dahin wird Oesterreich noch alle Vortheile, die der deutsche allgemeine Zolltarif bietet, genießen, obgleich für den Verkehr Deutschlands schon mit dem 1. Januar die nachtheiligen Folgen der österreichischen Zollerhöhungen eintreten. Ohne Weiteres erlöschen indeß mit dem Ablauf des Handelsvertrages die für Oesterreich günstigen Vereinbarungen bezüglich des Zollkartells, der freien Einfuhr von Leinwand 2c., sofern und soweit nicht vor dem 1. Januar etwa ein provisorisches, unter Vorbehalt der Zustimmung des Reichstages abzuschließendes Uebereinkommen zu Stande gebracht wird. — Wir wünschen lebhaft, daß die Retorsionspolitik, wenn wir ihr nicht entgehen sollen, schnell durchgreifende Erfolge erzielt. Sie kann aber nicht nur erhebliche wirthschaftliche, sondern auch politische Nachtheile im Gefolge haben. Ein solcher Kampf muß von Nachtheil für die gegenseitigen Beziehungen sein, und wir wissen nicht, wie bald wir gute Freunde, deren wir so wenige haben, brauchen können.

Wenn die Retorsion Erfolg haben sollte, so wird sie auch leicht im Siegeseifer gegen andere Staaten, z. B. gegen Rußland, angewandt werden. Fürst Bismarck hat ja zunächst in Bezug auf diesen Staat seine Retorsionspolitik entwickelt. Hier sähen wir aber bei einer solchen Kampfesweise viel weniger einen Erfolg voraus, als bei Oesterreich. Uns könnte dadurch großer Schaden zugefügt werden, ohne daß ein Nutzen in Aussicht stände. Eine Retorsionspolitik, wie sie damals detaillirt wurde, würde nur den Erfolg haben, daß der polnische Handel um die Grenzen Preußens herum nach den russischen Ostseehäfen geleitet würde. Die Bahnen der Provinz Preußen würden veröden, und die jetzt gänzlich unrentable Löbauer Bahn würde gute Geschäfte machen.

Mac Mahon hat jetzt der republikanischen Mehrheit der französischen Kammer den Krieg erklärt, die Verhältnisse treiben einer gewaltsamen Lösung entgegen. Die Republikaner fürchten einen Staatsstreich. Ein Artikel der „Rep. fr.", in dem bestimmt erklärt wird, daß die republikanische Mehrheit sich einer etwaigen Auflösung nicht fügen werde, erregt große Sensation. Der „Français" sagt, der Artikel des Gambetta'schen Organes sei ein Aufruf zur Insurrection, eine Aufreizung zum Bürgerkriege.

Die „Köln. Ztg." schreibt: „Wie uns von bestunterrichteter Seite mitgetheilt wird, kann man nahezu mit Bestimmtheit annehmen, daß die Russen noch in diesem Jahre abermals über den Balkan zu gehen beabsichtigen. Jedenfalls wird die zweite oder dritte rumänische Division dabei sein. Die Concentration findet in und um Tirnowa statt, von wo die Russen alsdann mit 60 000 Mann auftreten zu können behaupten." Wie gutmüthig die Russen sind, dem türkenfreundlichen Blatte ihre geheimsten Kriegspläne zu verrathen.

Bei Plewna verfügt Osman Pascha noch über einen Flächenraum von 11 Km. von Norden nach Süden und 21 Km. von Nordosten nach Südwesten. Die Cernirungslinie ist jetzt vollständig. Die Russen und Rumänen verfügen über 120 000 Mann, genug, um zwei Reihen ununterbrochener Laufgräben zu besetzen. Die russischen Winterhütten sind ziemlich wasserdicht und die Soldaten würden darin ohne Schwierigkeit die Zeit der Belagerung hindurch aushalten können.

Deutschland.

× Berlin, 13. Novbr. In den letzten Jahren sind häufig Beschwerden über das Submissionsverfahren bei Staatsbauten erhoben worden. Jetzt sind dem Abgeordnetenhause zwei Verfügungen des Handelsministers zugegangen, aus denen zu ersehen ist, welche Grundsätze für die Regelung des Submissionsverfahrens maßgebend sein sollen. Das erste Schreiben, vom 23. April d. J., fordert von den Eisenbahndirectionen Bericht ein, ob und wie die im Jahre 1874 vereinbarten allgemeinen Bedingungen für Arbeiten, Lieferungen und Bauunternehmungen zur praktischen Anwendung gelangen. „Namentlich", heißt es dabei, „wird darauf einzugehen sein, ob die allgemeinen Bedingungen rücksichtlich der Einziehung und Einbehaltung von Cautionen, der Festsetzung von Conventionalstrafen, der Vereinbarung von Mehr- oder Minderleistungen, der Garantieverpflichtung, der Beschränkung des Rechtsweges und die Einsetzung von Schiedsgerichten, wie überhaupt nach der juristischen Seite hin, einer Abänderung bedürftig erscheinen. Auch wird zu erwähnen sein, ob Klagen darüber laut geworden sind, daß die allgemeinen Bedingungen zu viel Detailmaterial enthalten und ob diesseits die Ansicht gehegt wird, daß dieselben, unbeschadet ihrer Deutlichkeit und Vollständigkeit, eine kürzere Fassung erhalten könnten." Das zweite Aktenstück ist ein Schreiben an die Landdrostei zu Hildesheim, und lautet, wie folgt: „Der Vorstand des Vereins der Eisengießereien und Maschinenfabrikation im Oberbergamtsbezirk Dortmund hat sich bei mir darüber beschwert, daß für die Submissionen von Arbeiten und Lieferungen für Staatsbauten häufig Bedingungen vorgeschrieben werden, deren Erfüllung gradezu unmöglich ist, und hierbei namentlich unter Vorlage der Submissions- und Contractsbedingungen auf den von dem Wasserbauinspector Evers ausgeschriebenen Verding einer Mörtelmaschine für den Bau einer Schiffsschleuse in der Werra bei Münden hingewiesen. Die Beschwerde muß ich in den wesentlichen Punkten als gerechtfertigt anerkennen und beauftrage die Königliche Landdrostei, den Wasserbauinspector Evers ernstlich anzuweisen, daß er auf die Aufstellung von Submissionsbedingungen größere Sorgfalt verwendet, und überhaupt darauf zu achten, daß bei den Submissionen innerhalb des dortigen Verwaltungsbezirks die Termine stets ausreichend bemessen und unverständliche und nicht allgemein erfüllbare Bedingungen vermieden werden."

* Nach der Darstellung des „Levant Herald" hätte die angeblich von Tscherkessen verübte Ermordung des deutschen Telegraphenbeamten Kaiser auf dem Wege von Bellova nach Sarembey durchaus keinen politischen Charakter, da die Leiche aller Werthgegenstände beraubt war. Der Vorfall ist um so bemerkenswerther, als ein oder zwei Tage vor der Ermordung des Kaiser (23. October) der deutsche Botschafter Prinz Reuß nach Bellova zur Jagd gefahren war.

Posen, 13. Novbr. Eine gestern hier abgehaltene Bürgerversammlung faßte auf Antrag des Dr. Wasner folgenden Beschluß: „In Erwägung: 1. daß die russische Regierung dem Grenzverkehr, insbesondere der Waareneinfuhr durch einseitige Maßregeln immer neue Erschwerungen bereitet; 2. daß die gegenwärtige Lage der wirthschaftlichen Verhältnisse sowohl in Deutschland, wie in Rußland mit Dringlichkeit darauf hinweist, den internationalen Waarenaustausch zu erleichtern, um die Gewerbsthätigkeit des Volkes in den beiden Nachbarreichen und die Finanzkraft des Landes zu heben, — zu erklären, daß sie mit großer Genugthuung die von deutschen und russischen Preßorganen verbreitete Nachricht begrüßt, wonach das deutsche Reichskanzleramt Veranlassung genommen habe, der russischen Regierung die diesseitigen Wünsche, betreffend eine Besserung der Grenzverkehrsverhältnisse zwischen den beiden großen Zollgebieten bekannt zu geben. Die Versammlung giebt sich der Zuversicht hin, daß unsere Reichsregierung in diesen Bemühungen nicht nachlassen und ihr Bestreben ganz besonders darauf richten werde, mit der kaiserlich russischen Regierung einen Handelsvertrag zu vereinbaren, welcher die verschiedenen Bedingungen des internationalen Handels, vor Allem in Bezug auf das Zollabfertigungsverfahren, unter feste Normen bringt und wo möglich für einige wichtige Handelsartikel einen Conventionaltarif festsetzt. Denn nur durch einen solchen Vertrag, welcher einseitige Aenderungen der Verkehrsbedingungen auf eine Reihe von Jahren ausschließt, wird der Geschäftswelt diesseits und jenseits der Grenzen jene Sicherheit und Stabilität verbürgt, welche die Grundlage eines geregelten Güterverkehrs ist. Speziell in Bezug auf unsere Grenzprovinz, von welcher der Verkehr zwischen Deutschland und Rußland mit offenbarer Absichtlichkeit abgelenkt wird, spricht die Versammlung die Erwartung aus, daß die deutsche Reichsregierung nach Kräften darauf hinwirken werde, die kaiserlich russische Regierung zu bewegen: 1) die seit Jahrzehnten vergeblich nachgesuchte Concession einer directen Schienenverbindung zwischen Posen und Warschau über Slupce endlich zu ertheilen; 2) die Grenzstation Slupce wieder als Zollamt erster Klasse herzustellen. Vorstehende Resolution wird dem Reichskanzleramt und dem preußischem Handelsministerium, sowie den Abgeordneten unserer Provinz im Reichstage und im Landtage übersandt werden. (P. Z.)

Stuttgart. Durch ein kgl. Decret ist der Wiederzusammentritt der vertagten Ständeversammlung auf den 22. November festgesetzt.

Kitzingen, 13. Nov. Bei der Neuwahl eines Reichstags-Abgeordneten erhielt der früher gewählte Graf Schönborn (Centrum) 7604, Roth (liberal) 7587 St. Es ist demnach eine Stichwahl erforderlich. (W. T.)

Dresden, 12. Novbr. Der Kronprinz von Deutschland hat heute Mittag mit den Mitgliedern der Königlichen Familie den Exequien für die Königin-Mutter beigewohnt und ist um 2¾ Uhr nach Berlin abgereist.

Straßburg, 9. November. Wie verlautet, wird der Landesausschuß Ende dieses Monats zusammentreten, und es soll die betreffende kaiserliche Verordnung in diesen Tagen erscheinen. Zur Berathung wird demselben hauptsächlich die umgearbeitete Kreisordnung nebst der Wegeordnung vorgelegt werden. — In Metz hat der Bürgermeisterei-Verwalter diesesmal einem Brauch ein Ende gemacht, der sich bereits seit 7 Jahren auf dem dortigen Chambiere-Kirchhof eingebürgert hatte. Auf letzterem liegen nämlich 7200 französische Soldaten begraben, welche infolge ihrer Wunden oder an Krankheiten während der Belagerung starben. Die einheimische Bevölkerung gefiel sich nun darin, das bei dem jährlich abgehaltenen Trauer-Gottesdienste ersammelte Geld zur Anschaffung kleiner Fähnchen in den französischen Landesfarben zu verwenden und dieselben an den Soldatengräbern anzubringen. Die Regierung ließ diese Demonstration sieben Jahre lang durchgehen, wohl in der Erwartung, daß die Betreffenden im Laufe der Zeit dieser Manifestation müde werden würden. Nachdem nun aber zum Allerheiligentage die Kundgebung auch in diesem Jahre sich erneuerte und auf den Gräbern mehrere Hundert tricolorer Fähnchen aufgepflanzt wurden, ordnete die Behörde einfach deren sofortige Wegnahme an.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 13. November. Abgeordnetenhaus. Vom Handelsminister wurde der Gesetzentwurf betreffend die Erwerbung der niederösterreichischen Südwestbahnen durch den Staat vorgelegt. Hierauf wurde das Eisenbahn-Expropriationsgesetz in dritter Lesung mit 165 gegen 66 Stimmen angenommen. Das Haus trat sodann in die Berathung des Bankstatuts ein. Der Berichterstatter der Majorität, Giskra, stellt den Antrag. Die Ausschußanträge anzunehmen und über den Gesetzentwurf betreffend die 80 Millionen-Schuld zur Tagesordnung überzugehen. Außerdem liegen 2 Minoritätsanträge vor; in dem einen vom Abg. Schaup gestellten wird die Vertagung der Berathung des Bankstatuts bis dahin vorgeschlagen, wo die anderen Ausgleichsvorlagen dem Hause zugegangen sind. Ein zweites Minoritätsvotum des Abg. Dr. Herbst beantragt die Abänderung mehrerer Artikel im Sinne der Regierungsvorlage. Für die Debatte über das Bankstatut haben sich 40 Redner zum Wort gemeldet. Nach dem Abg. Schaup sprach der Abg. Kellersperg gegen die Vorlage. Derselbe führte aus, daß den ungarischen Interessen in der Vorlage mehr Rechnung getragen werde, als den österreichischen. (W. T.)

Frankreich.

Versailles, 13. Novbr. Deputirtenkammer. Bei der gestrigen Discussion der Bureaux über den Antrag Albert Grévy's erklärte Gambetta, der Antrag habe einzig und allein diejenigen im Auge, deren Verantwortlichkeit durch die Verfassung anerkannt sei, nicht aber den Marschall Mac Mahon, welcher unverantwortlich sei. — In dem Berichte, den die Commission über den Antrag Grévy entworfen hat, wird ausdrücklich hervorgehoben, daß der Antrag sich nur auf diejenigen Regierungs-Commissäre und Beamten beziehe, deren Verantwortlichkeit in der Verfassung ausgesprochen sei, nicht aber auf den Präsidenten der Republik, den die Verfassung für nichtverantwortlich erkläre. (W. T.)

Paris, 12. Nov. Der Herzog Decazes hat gestern Paris verlassen, um einer Jagd beizuwohnen. Es wird ebenfalls bemerkt, daß sich sämmtliche Prinzen von Orleans augenblicklich von Paris fern halten. Der Graf von Paris ist, wie die Journale melden, unter dem Namen eines Grafen Luteroth in Nizza eingetroffen. — Dem „Temps" zufolge ist der Redacteur des in Auxerre erscheinenden Journals „La Constitution" zu einem Monat Gefängniß und 500 Fr. Geldstrafe verurtheilt worden wegen des Abdrucks eines Artikels der „Nordd. Allg. Ztg.", der von den Pariser Journalen unbeanstandet veröffentlicht worden war. (W. T.)

Belgien.

Brüssel, 13. Nov. Die Thronrede, mit welcher die Session der beiden Kammern heute eröffnet worden ist, gedenkt zunächst der freundschaftlichen Beziehungen Belgiens zu den auswärtigen Mächten. Was die den Kammern vorliegenden Aufgaben angeht, so hofft die Regierung, daß die Vorlage über die Organisation der Garde civique noch in dieser Session zur Berathung gelangen werde. Ferner wird eine Vorlage über die Errichtung von 2 Forts auf dem linken Ufer der Nethe-Flüsse (Provinz Antwerpen) angekündigt, und in Folge der in anderen Ländern eingeführten Verbesserungen des Artilleriewesens auf die Nothwendigkeit hingewiesen, die belgische Artillerie in entsprechender Weise zu vervollständigen. Die Thronrede schließt mit einer Ermahnung der Parteien zur Einigkeit. (W. T.)

Italien.

Rom, 8. Novbr. Der Papst ist noch immer sehr schwach, er zwingt sich aber aufzustehen und zu empfangen. — Der Cardinalssecretär Simeoni hat sein Entlassungsgesuch auf den Wunsch des Papstes zurückgezogen und alle Nuntien angewiesen, bei allen Unterhandlungen sowie auch in der Unterhaltung den größten Rückhalt zu beobachten, damit der heilige Stuhl bei allen Streitfragen, welche auftauchen könnten, eine sichere Rückzugslinie behält. Nach den „Ital. Nachr." wird der Papst am Weihnachtstage die apostolische Bulle veröffentlichen, durch welche die katholische Hierarchie in Schottland reorganisirt wird, wie die von England durch den apostolischen Brief vom 29. September 1850 und die von Holland durch den apostolischen Brief vom 4. März 1853. — Midhat Pascha gedenkt den ganzen Winter in Neapel zu bleiben. — Professor Mommsen ist von seiner Inschriftenentdeckungsreise nach den Inseln Sicilien und Sardinien zurückgekehrt und nach kurzem Aufenthalte in Rom heute wieder nach der Heimath abgereist.

— 9. Novbr. Der sogenannte Antonelli-Prozeß kam heute wieder zur Verhandlung. Der Antrag der Anwälte der Brüder Antonelli's auf Vertagung bis zum Januar wurde vom Anwalt der Gräfin Lambertini heftig bekämpft und das Gericht entschied, daß am 29. November das Urtheil gesprochen werden solle. Am 20. Novbr. wird eine Anzahl Documente veröffentlicht werden, die auf die Angelegenheit ein neues Licht werfen und manche bis jetzt noch nicht in den Prozeß verwickelte Persönlichkeiten compromittiren werden.

England.

London, 13. November. Gladstone nahm gestern bei seiner Ankunft von Irland in Holyhead eine Adresse des liberalen Vereins von Anglesea entgegen. In seiner Antwort erörterte Gladstone die Lage im Orient und bestritt, daß die Türken Mitleid verdienten, weil sie zur Vertheidigung des Vaterlandes kämpften. Der Krieg sei allerdings türkischerseits ein Act der Selbstvertheidigung, doch nur eine Selbstvertheidigung in der Ausübung willkürlicher Rechte und grausamer Bedrückungen. Gladstone sprach sodann die Ueberzeugung aus, das vereinigte Europa hätte vor 12 Monaten die orientalische Frage ohne Blutvergießen regeln können, wenn sich das englische Cabinet nicht in den Weg gestellt hätte. Rußland habe ungeheure Opfer gebracht. Er hoffe, es werde in seinen Forderungen mäßig sein, wenn es siegreich sein werde. Man könne aber nicht erwarten, daß Rußland nichts als Ersatz für seine Anstrengungen verlangen werde. Man müsse sich in England davor hüten, sich unter dem Namen der englischen Interessen oder unter einem sonstigen Namen in den Kampf hineinziehen zu lassen. Es sei sehr bedeutungsvoll, daß Lord Beaconsfield in seiner Rede in Guildhall, als er von der Unabhängigkeit des ottomanischen Reiches sprach, das Wort „Integrität" nicht gebraucht habe. (W. T.)

Türkei.

Konstantinopel, 12. Novbr. Durch amtliche Verfügung ist die zollfreie Einfuhr von Roggen und Mehl bis zum 1. März 1878 gestattet. — Auf Veranlassung Layard's ist eine englische Ambulanz nach Erzerum abgegangen.

Amerika.

Newyork, 9. Nov. Der Senat bestätigte heute einstimmig die Ernennung des Mr. John Welch als Gesandten für England. Das Comité für die auswärtigen Beziehungen hatte günstig über ihn berichtet, und es fanden sehr starke Kundgebungen der Zustimmung aus der Bevölkerung statt, welche alle Opposition zu Gunsten Cameron's besiegten. Henry S. Sandford ist zum Gesandten in Belgien ernannt. — Die Ergebnisse der Staatswahlen werden nur langsam bekannt. Die republikanische Majorität in Wisconsin soll über 2000 betragen. In Nebraska haben die Republikaner mit 4000 Stimmen gesiegt. — Eine Anzahl Mexikaner hat die Grenze von Texas überschritten und eine Indianerbande in ihren „Reservationen" in den Vereinigten Staaten angegriffen, die in Mexiko Räubereien begangen hatte. Sechs der Indianer wurden getödtet und ihr Raub ihnen wieder abgenommen.

Nachrichten vom Kriegsschauplatz.

Petersburg, 13. Novbr. Telegramm des „Golos" aus Werankaleh vom 11. d.: Die Armeeabtheilungen von Saghanlugk und Eriwan befinden sich bei Erzerum, die Gesundheit der Truppen ist vortrefflich, das Hauptquartier ist nach Werankaleh verlegt.

Wien, 13. Novbr. Wie die „Polit. Corresp." meldet, hat die serbische Regierung die Aufforderung der Pforte, das serbische Observationscorps von der Grenze zurückzuziehen, abgelehnt und diese Ablehnung mit der Erklärung motivirt, daß es unmöglich sei, die Grenzbewohner ohne militärischen Schutz zu lassen. General Protitsch ist zur Inspicirung der an der Grenze stehenden Truppen abgegangen. — Aus Bukarest wird derselben Correspondenz vom 13. c. telegraphirt, es sei dem General Skobeleff gelungen, sich in der erstürmten Position „Grüner Berg" gegen die wiederholten Versuche der Türken, diese Position wiederzunehmen, endgiltig zu behaupten. Der letzte Versuch der Türken, diese Position wiederzugewinnen, sei mit 70 Geschützen unter sehr großen Verlusten der Türken zurückgewiesen worden. — Das Bombardement von Plewna wird auf das Heftigste fortgesetzt. — Kaiser Alexander hält sich augenblicklich in Poradim auf, der Fürst von Rumänien in Bogot. — In dem von den Russen besetzten Theile Bulgariens ist ein vollständig regulärer Post- und Telegraphendienst eingerichtet worden.

Konstantinopel, 12. Novbr. Die Regierung verbreitet ein Telegramm Mukhtar Paschas vom 11. d. M., worin es heißt: Die Russen führen in der Nähe von Dewe Boyun provisorische Verschanzungen aus. Aus Kars ist uns unterm 4. c. gemeldet worden, daß die Russen bei Magaredjie Batterien errichtet hatten, durch welche die Stadt beunruhigt wurde. Mehrere russische Bataillone hatten eine Recognoscirung vorgenommen, waren aber nach einem von der Artillerie und von Tirailleurs geführten Gefecht wieder nach Magaredjie zurückgegangen, wo sie Streitkräfte concentriren, um einen etwaigen Ausfall der Garnison von Kars zurückzuweisen. Ein Angriff der Russen auf die Redoute Karadach war abgeschlagen worden. — Ueber das Gefecht beim Schipkapasse wird türkischerseits in einer Depesche von gestern verbreitet: Die Russen eröffneten eine heftige Kanonade, wir antworteten, das Gefecht nahm größere Dimensionen an und dauerte bis zum Abend. Der Feind rief 5 Bataillone aus Gabrowa zu seiner Unterstützung herbei, die unser Feuer passiren mußten. Unser Verlust ist, abgesehen vom Tode des Artilleriecommandanten Lehmann Pascha, der im Gefechte fiel, ein unbedeutender. — Ali Saib Pascha berichtet unter dem 11. d.: Die Montenegriner bombardiren seit 2 Tagen Podgoritza, wir erwidern das Feuer.

Danzig, 14. November.

* Gestern fand in Dirschau eine Delegirten-Versammlung des Centralvereines westpreußischer Landwirthe statt, um über die Zeit und das Programm der für das nächste Frühjahr in Aussicht genommenen Provinzialschauen Beschluß zu fassen. Bei der Bestimmung der Zeit machten sich zwei Ansichten geltend, von denen die eine die Schau in die Zeit vor der Berliner Mastvieh-Ausstellung legen wollte, die andere aber mit Rücksicht auf die Zuchtvieh-Ausstellung und die voraussichtlich günstigere Witterung die Schau nach der Berliner Ausstellung, also in der zweiten Hälfte des Mai stattfinden lassen wollte. Nach lebhafter Debatte ergab sich für den ersteren Vorschlag bei der Abstimmung die Majorität und es sind die Tage vom 3. bis 5. Mai vorbehaltlich definitiver Feststellung in's Auge gefaßt. Die zuständige Behörde soll ersucht werden, zu den combinirten Vieh-Ausstellungen, mit welchen ein großer, möglichst internationaler Maschinenmarkt verbunden werden soll, den kleinen Exercier-Platz dem Ausstellungs-Comité zur Verfügung zu stellen. Das letztere besteht aus der Hauptverwaltung des Centralvereins und den Herren Amtsrath Hagen, Heine-Narkau, Plehn-Lichtenthal, v. Kries-Trankwitz, Schrader-Riesenwalde, v. Rosenberg-Hochzehren, Boy-Katzke, Heyer-Straschin, Genschow-Schellmühl und Eduard Wessel-Stüblau. Das Comité, dem das Recht der Taxation zusteht, wird voraussichtlich am Schlusse nächster Woche zur definitiven Festsetzung des Programmes zusammentreten.

* Die in der heutigen Morgen-Ausgabe kurz mitgetheilte Verhandlung der gestrigen Stadtverordneten-Versammlung über den Verkauf von Bürgerwiesen ergänzen wir nachstehend durch einen ausführlicheren Bericht. Mittelst Schreibens vom 8. November, welches der Magistrat im Original der Versammlung übersendet, hat die Königl. Regierung den Magistrat benachrichtigt, daß sie auf Grund der nach der Städteordnung ihr zustehenden Befugniß die Genehmigung zu diesem Verkaufe nicht ertheilen könne. Sie könne es im Allgemeinen nicht als rathsam und wirthschaftlich gerechtfertigt ansehen, daß eine Stadtgemeinde größere und nutzbare Grundflächen veräußert und damit eine sichere Bodenrente aufgiebt. Die Kgl. Regierung würde nur dann sich in der Lage sehen, ihre Genehmigung hierzu zu ertheilen, wenn dringende Gründe für den Verkauf sprechen und vor Allem ein überwiegender Vortheil durch denselben erzielt wird. Diese Bedingungen könne die Kgl. Regierung in den vorliegenden nicht als erfüllt erachten. Es handle sich um den Verkauf einer unmittelbar vor den Thoren der Stadt belegenen Grundfläche von 263 Hect. 46 Are. Für den Verkauf seien in dem Magistratsbericht geltend gemacht erstens die Abminderung der Geschäftslast des Magistrats und zweitens der Umstand, daß für die Ortschaft Sandweg, zu welcher Bürgerwiesen gehört, ein gedeihliches Gemeindeleben sich nur herausbilden könne, wenn der große städtische Grundbesitz in Privatbesitz übergehe. „Mag nun durch den Verkauf eine Geschäftserleichterung für den Magistrat eintreten und mag das Gemeindeleben in der Ortschaft Sandweg sich bessern, immerhin sind dies nicht Gründe, denen ein erhebliches und entscheidendes Gewicht beigelegt werden kann." Der Magistrat gebe an, daß die Kaufsumme einen jährlichen Mehrertrag von 12 000 M. bringe. Das sei nicht richtig, da die Kaufsumme nicht 27 720 M., sondern 22 724 M. Zinsen ergebe.*) Das mache gegen die jetzige Pachtsumme nur eine Steigerung von 6912 M., welche Summe sich aber noch herabmindere, wenn statt der zu hoch gegriffenen 5procentigen Verzinsung nur eine 4½procentige zu Grunde gelegt werde. Werde nun noch erwogen — was zwar nicht in dem Magistratsbericht stehe, aber aus dem in der „Danz. Ztg." enthaltenen Bericht über die Stadtverordneten-Verhandlungen vom 23. October hervorgehe, — daß die letzte Verpachtung vor 18 Jahren geschehen sei, so könne die Kgl. Regierung einen finanziellen Vortheil in dem Verkaufe nicht finden, sie habe es deshalb nach pflichtmäßiger Erwägung für das Vortheilhafteste erachtet, daß dieser werthvolle Grundbesitz, welcher für die Erhaltung einer geregelten Finanzlage eine weit sichere Grundlage biete als der durch den Verkauf erzielte Kapitalsbetrag, der Stadt erhalten bleibe. Schließlich monirt die Regierung noch den Mangel einer Taxe und eines nebensächlichen formalen Nachweises. — Der Magistrat überreicht diese Verfügung der Versammlung mit folgendem Anschreiben: „Wir halten die Ausführungen der Königl. Regierung nicht für so zutreffend, daß wir vom Betreten des Beschwerdeweges nicht Remedur der betr. Verfügung erhoffen könnten. In Erwägung des Umstandes aber, daß die Pachtverträge bereits am 2. Februar k. J. ablaufen und bis dahin möglicher Weise eine Entscheidung in der Ministerial-Instanz nicht herbeizuführen sein möchte, der Stadt in diesem Falle jedoch garnicht zu übersehende Nachtheile erwachsen können, stellen wir der Stadtverordneten-Versammlung anheim, sich darüber schlüssig zu machen, ob von einer Beschwerde Abstand zu nehmen und die Neuverpachtung einzuleiten sei."

Hr. Oberbürgermeister v. Winter bemerkt zu der Entscheidung der Königl. Regierung: Es sei allerdings anzuerkennen, daß die genannte Behörde von einem ihr gesetzlich zustehenden positiven Recht Gebrauch gemacht habe. Allein er könne doch nicht verhehlen, daß diese Entscheidung in ihm die Sehnsucht wachrufe, es möge das Aufsichtsrecht über die Communen recht bald auf ein anders construirtes Organ, etwa den in der Städteordnungs-Novelle in's Auge gefaßten Provinzialrath, übergehen. Die Entscheidung der Königl. Regierung setze sich über wichtige Gesichtspunkte sehr leicht hinweg; es sei fast mit Sicherheit darauf zu hoffen, daß diese Gesichtspunkte in der Ministerial-Instanz denn doch eine ganz andere Würdigung finden würden. Der Magistrat habe besonders hervorgehoben, daß ein gedeihliches Communalleben in der Ortschaft Sandweg sich nur entwickeln könne, wenn die jetzt im Besitz der Commune befindlichen Ländereien zu Bürgerwiesen in das Eigenthum einer Anzahl von Privatleuten übergehen. Bei dem jetzigen Zustande müsse die communale Entwickelung dort geradezu ertödtet werden, da der große Grundbesitz der Stadt Danzig in dieser Gemeinde dieselbe nur verleite, alle Lasten auf jenen großen Grundbesitzer abzuwälzen. Es sei zu erwarten, daß die Landespolizeibehörde an diesen Gesichtspunkt denn doch einen anderen Maßstab anlegen werde, als die Kgl. Regierung. Er glaube, dieselbe werde mit Freude daraus ersehen, daß eine große Commune sich nicht auf den Standpunkt des Pfahlbürgerthums stelle, sondern auch höhere, allgemeinere Landescultur- und Wirthschafts-Interessen verfolge und auch nach diesen Gesichtspunkten ihre wirthschaftlichen Einrichtungen bemesse. Dürfe man demnach von einem Recurse an die höheren Instanzen sich wohl Aussicht auf Erfolg versprechen, so sei auf der anderen Seite zu erwägen, daß die gegenwärtigen Pachtverträge schon am 2. Februar ihr Ende erreichen, daß bis dahin die Sache schwerlich entschieden sein werde und daß in diesem Falle, da die Ländereien dann aufsichts- und nutzungslos seien, der Commune erheblicher Schaden erwachsen könne. Er gebe daher der Versammlung anheim, sich schlüssig zu machen, ob sie dies riskiren und den Recurs anbringen, oder unter den obwaltenden Umständen und bei der Dringlichkeit einer Neuverpachtung auf den Recurs verzichten wolle. Da das Schreiben erst wenige Stunden vor der Sitzung eingegangen sei, habe der Magistrat hierüber noch nicht in Berathung treten können, doch werde er seinerseits sich unverzüglich mit der Sache beschäftigen. Redner beleuchtet dann noch einzelne Punkte der Regierungs-Entscheidung. Die Kgl. Regierung habe u. A. eine Taxe gefordert. Auch diese Forderung stehe durchaus auf gesetzlichem Boden, allein die Meinung, daß eine Taxe irgend einen sicheren Anhalt für den Werth eines Besitzes gebe, dürfte doch eine sehr vereinzelte sein. Wollte man den Recursweg beschreiten, so würde man freilich diese Forderung kaum umgehen können, und das koste wieder viel Zeit. — Herr Steffens fragt zunächst an, ob es nicht angehe, die Pachtverträge mit den gegenwärtigen Pächtern auf ein Jahr zu verlängern, um dadurch Zeit zu dem Recurse zu gewinnen. — Herr v. Winter bittet, die Frage, auf wie lange und unter welchen sonstigen Modalitäten die Verpachtung geschehen solle, noch der weiteren Erwägung des Magistrats und der Kämmerei-Deputation zu überlassen. Den von Herrn Steffens angedeuteten Ausweg halte er für unausführbar. Betrete man den Weg der Beschwerde, so halte man ja an dem Verkauf fest; man könne dann nicht gleichzeitig die verkauften Ländereien verpachten. Die Wiederverpachtung schließe also den Verzicht auf den Recursweg in sich. — Herr Damme: Auch er würde das Beschreiten weiterer Instanzen gegen die Entscheidung der Kgl. Regierung für sehr wünschenswerth halten. Die Commune müsse versuchen, Herr im eigenen Hause zu bleiben. Es gereiche ihm bei dieser Gelegenheit zur besonderen Freude, daß die Selbstverwaltung denn doch mehr leiste, als das berufsmäßige Beamtenthum. Insbesondere die Commune Danzig habe dies bewiesen. Man dürfe, ohne des Eigenlobs geziehen zu werden, behaupten, daß hier die Selbstverwaltung große Schöpfungen und große Erfolge aufzuweisen habe. Einem solchen Gemeinwesen könne man wohl zutrauen, daß es in einer Angelegenheit wie die vorliegende am besten zu erwägen vermöge, was sich ihm am nützlichsten erweise. Nun zerbricht sich die Kgl. Regierung unseren Kopf, ob unsere beabsichtigte Operation den davon erwarteten finanziellen Erfolg haben werde. Daß eine Gesetzesbestimmung ihr dazu formell das Recht giebt, sei ja richtig, aber es habe auch ein Gesetz gegeben, wonach die Richter nicht mit den Advokaten in gesellschaftlichen Verkehr treten durften. Ein solches Gesetz werde doch heutzutage schwerlich gehandhabt werden, es sei eben veraltet. Es sei in der Versammlung ja auch lebhaft über den Verkauf von Bürgerwiesen gestritten worden, darum handle es sich jetzt aber nicht mehr, nachdem der Verkauf auf Grund reiflicher Erwägung ordnungsmäßig beschlossen worden. Er habe zu der damaligen Minorität das feste Vertrauen, daß auch für sie jene Frage heute nicht mehr existire, daß sie ebenso geschlossen wie die Majorität eintreten werde für das Selbstbestimmungsrecht der Commune. Redner wendet sich dann ebenfalls gegen die in der Regierungs-Entscheidung angeführten Gründe. Der Volksmund bezeichne Taxen als Faxen, und er glaube mit Recht. Wie wolle man nun besser den zeitigen Werth einer Sache ermitteln, als indem man sie in freier öffentlicher Auction ausbiete, wie dies mit den Ländereien durch die Licitation geschehen sei. Die Regierung hebe es hervor, daß durch den Verkauf eine nur 50 % höhere Rente als bisher erzielt werde. Sei das für die Königliche Regierung etwa so unbedeutend? Die Kgl. Regierung bemerke ferner, wenn man für das Kaufgeld nur 4½ pCt. Zinsen annehmen, werde übrigens die Steigerung der Rente von 50 pCt. noch nicht erreicht. Man könnte ja hinzufügen, 3 pCt. Zinsen ergeben noch sehr viel weniger. Für die Commune habe aber das Geld in der That einen Zinswerth von 5 pCt., denn sie müßte aufzunehmende Schulden mit 5 pCt. verzinsen. Redner ist der Meinung, der Fiscus könnte es getrost der Commune Danzig überlassen, in welcher Weise sie ihre Kapitalien verzinse, wie er ihr ja auch die Sorge überlasse, wo sie die Mittel für die ihr im eigenen Interesse obliegenden und für die ihr im Staats-Interesse auferlegten, auch nicht ganz unbedeutenden Leistungen hernehme. Sehr leicht scheine ferner die Königl. Regierung die Frage abzuthun, ob Bodenrente oder Kapitalbesitz für die Communen zuträglicher sei. Er glaube, die Erfahrung habe es gelehrt, daß es gar nicht Aufgabe der Commune sei, große Domänen zu bewirthschaften, unsere eigentlichen Domänen sind die im Interesse der Gemeinde geschaffenen Anlagen: unsere Wasserleitung, Canalisation, unsere Schulen u. s. w. Leider liege nun die Sache hier zufällig so eigenthümlich, daß der Commune erheblicher materieller Schaden droht, wenn sie die ihr noch zustehenden gesetzlichen Beschwerdemittel ergreift und leider müsse man sich deshalb dieselben in diesem Falle versagen. — Hr. Martiny ist auch der Meinung, daß der in Aussicht stehende Schaden, welcher durch das Brachliegen der Grundstücke entstehen werde, die Versammlung nöthige, von dem Recurse Abstand zu nehmen, er schlägt aber vor, daß sie dies unter protestirender Erklärung thue, um damit auszudrücken, daß man sich eben nur unter der Macht der Umstände füge. — Herr Steffens: Die Rede des Hrn. Damme sei sehr schön gewesen, aber auch nichts weiter, sie bringe in die Sache selbst keinen Schritt vorwärts. Redner hat s. Z. auch gegen den Verkauf von Bürgerwiesen gestimmt, nichtsdestoweniger würde er sich sehr gern zum Recurse gegen die Entscheidung der Regierung entschließen. Der durch die Zeitversäumniß entstehende Nachtheil allein veranlasse ihn, davon Abstand zu nehmen, denn es würden viele Monate vergehen, bevor die Angelegenheit bis zur endgiltigen Entscheidung durch das Ministerium gelange. — Hr. Hybbeneth: Er sei mit der Entscheidung der Kgl. Regierung, insbesondere mit ihrer Stellung zu der Selbstverwaltung der Commune nicht einverstanden, aber es freue ihn doch, daß seine gegen den Verkauf von Bürgerwiesen geltend gemachten Ansichten bei der Regierung so viel Anklang gefunden hätten. Er glaube darin den Beweis zu erblicken, daß dieselben doch etwas Wahres enthalten hätten. Daß man jetzt in eine so fatale Lage gerathen, sei allein dem Umstande zuzuschreiben, daß der Verkaufstermin nicht im Frühjahr abgehalten worden, sondern erst jetzt, im Herbst, wo der Ablauf der Pacht-Contracte vor der Thür stehe. — A. Klein hält die von der Kgl. Regierung in ihrer Entscheidung angegebenen Gründe für so befremdliche, daß er sich selbst auf die Gefahr eines vorübergehenden Verlustes hin für den Recurs entscheiden möchte. Es handle sich hier um eine wichtige Principienfrage für die ganze Selbstverwaltung; um in einer solchen ihr Recht zu verfolgen, dürfe eine große Commune auch ein Opfer nicht scheuen. Mindestens möge man noch die Berufung an den Oberpräsidenten versuchen. Es sei ja möglich, daß von dort so zeitig ein Entscheid erzielt werde, um dann noch event. mit der Verpachtung vorgehen zu können. — Die Herren Steffens, Breitenbach und Martiny bekämpfen diesen Antrag mit Rücksicht darauf, daß aller Wahrscheinlichkeit nach viele Monate vergehen werden, bis die endgiltige Entscheidung im Recurswege erfolgen werde, daß die Kaufgebote bis dahin schwerlich aufrecht erhalten werden würden, und daß eine Verpachtung auf kurze Zeit ebenfalls kaum angänglich erscheine. Es könne daher leicht ein sehr großer materieller Schaden erwachsen. Hr. Breitenbach hebt noch hervor, daß man sobald als möglich aus dem gegenwärtigen unklaren Zustande herauszukommen suchen müsse. Die neue Pacht-Ausbietung werde ja zeigen, ob die bisherige Nutzung oder der Verkauf vortheilhafter sei. Hr. Martiny bemerkt noch, daß seine Resolution eine Art Ehrenrettung des von der Versammlung früher gefaßten Beschlusses bezwecke. Die Königliche Regierung habe durch ihre Entscheidung diesen Beschluß zerrissen. Er wünsche, da er unter den obwaltenden Umständen den Beschluß nicht aufrecht erhalten könne, demselben wenigstens Valet zu sagen. — Hr. Dr. Liévin ist der Ansicht, daß man gezwungen sei, der Entscheidung der Kgl. Regierung gegenüber Protest zu erheben. Kein Mitglied der Versammlung habe bisher ein Verfahren, wie es hier gegen eine große Commune wie Danzig eingeschlagen, für sachlich gerechtfertigt erachtet. Er wünschte nur, daß der Protest des Hrn. Martiny eine etwas schärfere Fassung erhalte. Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung seien nach dem Ergebnisse langjähriger Erfahrung und nach eingehendster Erwägung der finanziellen Seite und aller einschlägigen Verhältnisse zu der Ueberzeugung gelangt, daß der Verkauf entschieden dem Interesse der Commune förderlich sei. Die Kgl. Regierung hebe sich leicht darüber hinweg, sie gebe Gründe dafür an, die doch recht schwach seien. Der Kgl. Regierung sei ein Mehr-Ertrag von 5 pCt. nicht genügend. Er glaube sich daraus einen Schluß auf die Verwaltungs-Grundsätze der Kgl. Regierung machen zu müssen. — Herr Oberbürgermeister v. Winter: Der Auffassung, als ob die Kgl. Regierung gewissermaßen gewaltsam in das Selbstbestimmungsrecht der Gemeinde eingegriffen habe, glaube er entgegentreten zu müssen. Das Recht zu der getroffenen Entscheidung habe sie nach der ganz positiven Bestimmung der Städte-Ordnung unzweifelhaft und dieses Recht habe sie nach pflichtmäßiger Erwägung ausgeübt. Daß die Regierung dabei auf das Votum einer so großen Commune wie Danzig nicht mehr Gewicht gelegt habe, bedauere auch er lebhaft. So lange er in der Danziger Communal-Verwaltung thätig sei, sei allerdings ein derartiger Fall nicht passirt, sei er dies Hinweggehen über das eingehend erwogene Votum beider städtischen Körperschaften nicht gewöhnt. — Hr. Hybbeneth bemerkt, daß er schon aus finanziellen Gründen für die sofortige Neuverpachtung sei, es werde sich ja dabei zeigen, daß die Ländereien mehr werth seien. — Hr. Dr. Liévin verwahrt sich dagegen, daß er der Kgl. Regierung etwa ein gewaltsames Eingreifen zum Vorwurf gemacht habe. — Hr. Damme versichert in einer persönlichen Bemerkung Hrn. Steffens, daß er ebenso wenig eine schöne Rede wie nur eine solche habe halten wollen; Hrn. Hybbeneth bitte er um Entschuldigung, daß er ihm zugemuthet habe, heute sein Minoritätsvotum außer Spiel zu lassen und gemeinsam mit der Majorität einzutreten für das Selbstbestimmungsrecht der Commune. — A. Klein zieht mit Rücksicht auf die Ausführungen der Vorredner seinen Antrag, der in der Versammlung keine Zustimmung zu finden scheine, zu Gunsten der Martinyschen Resolution zurück. Da gegen die von dem Vorsitzenden der letzteren gegebenen Fassung sich aus verschiedenen Gründen Bedenken erheben, läßt auch Herr Martiny seinen Antrag fallen und es kommt nunmehr die Versammlung mit großer Majorität dahin überein, der in dem (oben mitgetheilten) Magistratsschreiben enthaltenen Motivirung sich ausdrücklich anzuschließen und aus diesen Gründen die Neuverpachtung vorzunehmen.

*) Herr Oberbürgermeister v. Winter erklärt, daß der Irrthum in der Höhe des Zinsen-Ertrages auf einem Schreibfehler beruhe.

* Der Fabrik-Commissarius Monjé hierselbst ist an die Gewehrfabrik zu Spandau und der Fabrik-Commissarius Dallinger in Suhl an die hiesige Gewehrfabrik versetzt.

* Heut fand im Stadtverordneten-Saale hierselbst die Kreis-Synode unter Vorsitz des Herrn Consistorialrath Reinicke statt; es waren 39 Mitglieder anwesend, darunter 14 Geistliche. Bei Constituirung der Synode wurden die Herren Pastor Hepner, Ober-Regierungsrath v. Salzwedell, Stadtrath Matzko, Fabrikant Steimmig in den Vorstand gewählt, und es erhielt damit die Synode ihre Signatur, die leider nicht besonders den allgemeinen Wünschen entsprechen wird. Die Versammlung theilte sich in 25 der orthodoxen und 14 der liberalen Richtung zuneigende Synodalen, der Bericht über die sittlichen Zustände der Gemeinde, welchen der Vorsitzende abstattete, zeichnete sich durch seine Einfachheit aus und enthielt kaum etwas Erwähnenswerthes. Die darauf vorgenommene Wahl zur Provinzial-Synode ergab folgendes Resultat: Prediger Boie erhielt 32, Ober-Regierungsrath v. Salzwedell 25, Consistorialrath Reinicke 25 Stimmen, die übrigen Stimmen zersplitterten sich. Die Herren Boie, Reinicke, Salzwedell und Gerichtsrath Hewelke sind gewählt; der Letztere konnte nur dadurch zur Wahl gelangen, daß die Stimmen sich zersplitterten und zwischen zwei Minoritäts-Candidaten abzustimmen war. Bei der Wahl der Stellvertreter entfernten sich mehrere Mitglieder der Minorität, da ihnen die Leitung der Synode nicht fest genug und zu viel Zeit auf Nebendinge verwendet zu werden schien.

* Der am 20. September von Bordeaux nach Südamerika abgegangene Postdampfer „Parana" hat Angesichts des Hafens von Bahia Schiffbruch gelitten. Hierbei ist die Post aus Deutschland nach Bahia verloren gegangen, wogegen die deutsche Post für Rio de Janeiro gerettet worden ist.

* Bei der Marienburg-Mlawkaer Eisenbahn tritt von Neujahr ab ein neuer Tarif für die Beförderung von Extrazügen, Salon-, Kranken- und Gepäckwagen in Kraft, welcher theils Erhöhungen, theils Ermäßigungen enthält.

* Wie der „Ostseeztg." zur Berichtigung einer von dieser der „Bromb. Ztg." entnommenen unrichtigen Mittheilung über die beim hiesigen Stadt- und Kreisgericht neuerdings angemeldeten Concurse von hier aus geschrieben wird, ist das Fallissement des größten der falliten Ladengeschäfte, der Firma Rieß u. Reimann, durch große Verluste an falschen Wechseln aus den Concursen von Adolph Krause (Colonial-Waaren en-gros in Görlitz) und Paul Hensel (Tuch-Export in Görlitz) und durch namhafte Betheiligung bei der in letzter Zeit eingetretenen Zahlungseinstellung der hiesigen Firma Joseph Lövinsohn (Manufactur- und Tuch-en-gros & detail-Geschäft) herbeigeführt.

* In Folge vielfacher Beschwerden hat die russische Regierung jetzt gestattet, daß an den russischen Grenz-Zollstellen neben den deutschen Zwanzigmarkstücken auch Zehn- und goldene Fünfmarkstücke in Zahlung genommen werden. Der Curs ist in folgender Höhe berechnet worden: Doppelkronen = 8 Rub. 58 Kop., Kronen = 4 Rub. 29 Kop., halbe Kronen = 2 Rub. 14 Kop.

* [Polizeibericht vom 14. November.] Verhaftet: der Maler S. wegen Sachbeschädigung; die unverehel. P. wegen Diebstahls; der Uhrmacher L. wegen Unterschlagung von Uhren, die ihm zur Reparatur anvertraut waren; der Schneidergeselle K. wegen Versuchs der Hinderung einer Arretirung; 26 Obdachlose, 1 Betrunkener, 1 Bettler, 6 Dirnen. — Gestohlen: dem Eigenthümer G. durch den Jungen N. ein Ueberzieher, eine Hose und verschiedenes Handwerkszeug. — Die unverehelichte D. hat die Bestrafung der unverehelichten M. wegen Mißhandlung beantragt. — Verschwunden ist der 12jährige Karl Kiel. Bekleidet war derselbe mit grünem Jaquet, schwarztuchener Hose und Kniestiefeln. Die Beamten werden auf denselben aufmerksam gemacht und Mittheilungen über den Vermißten nach dem Polizeiamte erbeten. Karl K. sucht sich dem Besuche der Schule zu entziehen. — Die Thornsche Brücke wird wegen Reparaturen vom 15. d. Mts. ab auf einige Tage für Fuhrwerke und Reiter gesperrt werden.

n. Marienwerder, 13. Novbr. Die „Elbinger Zeitung", der „Westpreußische Landbote" und nach ihnen die hiesige „Ostbahn" brachten dieser Tage eine offenbar von einem hochconservativen Mitgliede des Kreistages herrührende Notiz, nach welcher „der Vorschlag des Marienwerderer Kreistages zu Gunsten des Kreisrichters v. Rohrscheidt in Mewe, als Landrath dieses wichtigen Kreises, die Zustimmung der Staatsregierung nicht erhalten haben solle". Da einige Blätter diese Nachricht in noch mehr bestimmte Form gekleidet und weiter verbreitet haben, erscheint Ihrem Correspondenten die Mittheilung wohlangebracht, daß bei der hiesigen Kgl. Regierung ein nach der einen oder andern Richtung hinzielender Bescheid bis zum heutigen Tage nicht eingegangen ist. — Herr Regierungsrath Snethlage ist von hier nach Coblenz versetzt worden. — Das Fleisch eines von dem Boten Unger dieser Tage geschlachteten Schweines mußte polizeilich mit Beschlag belegt werden, da in demselben durch den Fleischbeschauer Herrn Lehn Trichinen gefunden wurden.

(=) Culm, 13. Novbr. Heute Morgen traf der Generalpostmeister Stephan in Begleitung des Oberpostdirectors Reisewitz aus Danzig, des Geheimen Ober-Postraths Meißner und des Geheimen Postraths Sachse aus Terespol hier ein, um in Angelegenheiten der Erwerbung eines eigenen größeren und umfasseneren Geschäftslokals für das hiesige kaiserliche Postamt die von Privatbesitzern offerirten Grundstücke zu besichtigen. Es waren dies das Hotel de Rome, das Herzberg'sche Haus und das Haus der verwittweten Frau Rechtsanwalt Herzberg-Feichtmeyer. Wie wir hören, ist ein definitiver Abschluß noch nicht zu Stande gekommen, da die beiden ersten Besitzer einen Kaufpreis von 100 000 M. hielten, ihnen hierauf aber nur je 60 000 M. geboten und auf das letztere Grundstück noch gar kein Gebot abgegeben worden sei. Unsere gesammte Geschäftswelt verlangt dringend nach einem geräumigeren und größeren Postlokal, da sich gerade nach dieser Richtung hin unser gesammter Geschäftsverkehr nicht unwesentlich gehoben hat, und würde es insbesondere höchst ungern sehen, wenn das Postamt vom Markte entfernt und etwa nach einer Seitengasse verlegt werden sollte.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Die heute fällige Berliner Börsen-Depesche war beim Schluß des Blattes noch nicht eingetroffen.

Hamburg, 13. November. [Getreidemarkt.] Weizen loco flau, auf Termine matt. — Roggen loco und auf Termine ruhig. — Weizen pr. Novbr.-Dezember 216 Br., 215 Gd., pr. April-Mai pr. 1000 Kilo 211½ Br., 210½ Gd. — Roggen pr. Nov.-Dez. 147 Br., 146 Gd., pr. April-Mai pr. 1000 Kilo 150½ Br., 149½ Gd. — Hafer flau. — Gerste ruhig. — Rüböl matt, loco 76, pr. Mai pr. 200℔ 73 — Spiritus fest, pr. Nov. 41¾, pr. Dezbr.-Jan. 41¼, pr. April-Mai 41, pr. Mai-Juni pr. 1000 Liter 100 pCt. 41. — Kaffee behauptet, Umsatz 6000 Sack. — Petroleum ruhig, Standard white loco 12,10 Br., 11,80 Gd., pr. Novbr. 11,80 Gd., pr. Dezbr. 12,00 Gd. — Wetter: Sehr trübe.

Danziger Börse.

Amtliche Notirungen am 14. November.

Weizen loco flau, pr. Tonne von 2000℔

feinglasig u. weiß	130-134℔	240-260 M. Br.	171-245 M. bez.
hochbunt	128-131℔	230-245 M. Br.	
hellbunt	127-130℔	225-240 M. Br.	
bunt	125-128℔	215-225 M. Br.	
roth	120-134℔	200-225 M. Br.	
ordinair	105-130℔	170-200 M. Br.	
russisch roth	123-130℔	— M. Br.	
russisch ordinair	115-125℔	— M. Br.	

Regulirungspreis 126℔ bunt lieferbar 214 M.

Auf Lieferung 126℔ bunt pr. Novbr. 212 M. bez., pr. April-Mai 213 M. Gd., pr. Mai-Juni 214 M. Gd.

Roggen loco unverändert, pr. Tonne von 2000 ℔

Inländischer und unterpolnischer 137—138 M.

Regulirungspreis 120℔ lieferbar 136 M.

Auf Lieferung pr. April-Mai 130 M. Gd., do. unterpolnischer 144 M. Br., 142 M. Gd.

Gerste loco pr. Tonne von 2000℔ große 108 bis 112℔ 168—177 M., russische Futter- 122 M.

Erbsen loco pr. Tonne von 2000℔ weiße Koch- 163 M., weiße Futter- April-Mai 145 M. Br.

Petroleum loco pr. 100 ℔ (Original-Tara) ab Neufahrwasser 14,25 M.

Steinkohlen loco pr. 3000 Kilogr. ab Neufahrwasser in Kahnladungen, doppelt gesiebte Nußkohlen 40—45 M., schottische Maschinenkohlen 45 M.

Wechsel- und Fondscourse. London, 8 Tage 20,43 gem. 4½ pCt. Preußische Consolidirte Staats-Anleihe 103,50 Gd. 3½ pCt. Preußische Staats-Schuldscheine 92,95 Gd. 3½ pCt. Westpreußische Pfandbriefe, ritterschaftlich 82,80 Gd., 4 pCt. do. do. 94,00 Gd., 4½ pCt. do. do. 101,10 Br.

Das Vorsteheramt der Kaufmannschaft.

Danzig, den 14. Novbr. 1877.

Getreide-Börse. Wetter: schön auch milde. Wind: S.

Weizen loco verkehrte am heutigen Markte wieder in matter Stimmung, der Verkauf war im Ganzen schwerfällig zu schwach behaupteten Preisen, auch wurde die abfallende Qualität bis 2 M. pr. To. billiger abgegeben. Im Allgemeinen aber ist das heute bezahlte Preisverhältniß unregelmäßig gewesen und ist bedungen für Sommer 124/5℔ 192 M., roth 119℔ 178 M., bezogen 129℔ 183 M., besetzt bunt 119℔ 195 M., schwaches Korn bunt 123/4℔ 195 M., hell 124℔ 205, bunt und hellfarbig, mehr oder weniger ausgewachsen 125, 126, 127℔ 205, 209, 210, 212 M., hellbunt 127 bis 130℔ 220, 221, 224, 228 M., hochbunt glasig 129 bis 134/5℔ 228 bis 240 M. pr. Tonne, für russischen Weizen blieb flaue Stimmung bis man sich entschloß, etwas billigere Gebote anzunehmen. Bezahlt wurde dann für abfallenden 118/9℔ 171 M., 119, 121℔ 173, 175 M., für Winter 117 bis 125/6℔ 180 M., 127/8, 128/9℔ 190 M., besserer 126/7 bis 132/3℔ 198—205 M. Sendomirca 124/5℔ 215, 128/9℔ 223 M., fein 133/4℔ 245 M. pr. To. Termine still. November 212 M. bez., April-Mai 213 M. Gd., Mai-Juni 214 M. Gd. Regulirungspreis 214 M. Gekündigt 50 Tonnen.

Roggen loco unverändert, besetzt 120℔ 132 M., 126℔ 137 M., besserer 120℔ 137 M., 123/4℔ 241½ M., 121℔ 141 M., Alles für inländische und unterpolnische Waare. Termine April-Mai 130 M. Gd., unterpolnischer 144 M. Br., 142 M. Gd. Regulirungspreis 136 M. — Gerste loco matt, große 108-112℔ nach Qualität ist mit 168—177 M. pr. Tonne bezahlt, polnische 105℔ brachte 140 M., russische Futter- 122, 123, 127 und 108/9℔ 130 M. pr. Tonne, kleine ohne Gewicht, mit Geruch, wurde zu 105 M. pr. Tonne gekauft. — Erbsen loco Koch- 163 M. pr. Tonne verkauft. — Spiritus loco nicht gehandelt.

Meteorologische Beobachtungen.

Novbr.	Stunde	Barometer-Stand in Par. Linien	Thermometer im Freien.	Wind und Wetter.
13	4	335,68	+ 6,4	SSO., mäßig, bedeckt.
14	8	338,55	+ 5,2	S., leicht, hell und diesig.
	12	339,30	+ 8,4	SSW., frisch, hell u. l. bew.

Heute früh 6½ Uhr wurde meine liebe Frau von einem kräftigen Knaben glücklich entbunden.
Danzig, d. 14. Novbr. 1877.
9272) **Albert Stumpf.**

Heute Mittag starb unsere theure, geliebte Mutter, Schwieger- und Großmutter, Frau

Henriette Rosenthal
geb. Tietzker

im Alter von 65 Jahren. Diese traurige Mittheilung widmen Bekannten und Verwandten um stille Theilnahme bittend
9238) **die Hinterbliebenen.**

Dienstag, d. 13. d. Mts., Morgens 9 Uhr entriß uns der unerbittliche Tod unseren Sohn **Wilhelm** im Alter von 3½ Jahren, welches wir tiefbetrübt anzeigen.
Zoppot, den 13. November 1877.
9280) **Ed. Aßmann u. Frau.**

Gestern Abend entschlief sanft mein mir unvergeßlicher Mann, unser guter Sohn, Vater und Bruder der Kaufmann
Joseph Gudobba
in seinem 55. Lebensjahre.
Diese traurige Nachricht allen Verwandten und Bekannten statt besonderer Meldung.
Neufahrwasser, den 14. Novbr. 1877.
9282) **Die Hinterbliebenen.**
Die Beerdigung findet Sonnabend Vormittag 8 Uhr statt.

Heute früh 5 Uhr starb nach 13jährigem Leiden mein geliebter Mann unser Bruder, Schwiegersohn und Schwager der Königl. Bank-Rendant a. D. **Eduard Lehrs** im 57. Lebensjahre. Diese Anzeige statt besonderer Meldung seinen Freunden von den (9277
betrübten Hinterbliebenen.
Danzig, den 14. Novbr. 1877.

D. Johansen, pract. Zahnarzt, Langgasse 83. (vorm. Dr. Haase) Künstl. Zähne nach neust. System. Reparaturen. Plomben.

Rehe, Rehzimmer, Keulen, Hasen, Rebhühner, Fasanen, fette Puten, ff. Enten, Almeria-Weintrauben, ital. Maronen, Magdeburg. Sauerkohl, vorzügl. Dill- und Senf-Gurken, eingemachte Gemüse und Früchte in großer Auswahl, empfiehlt
die Wild- u. Delicateß-Handlung von
C. M. Martin, Brodbänkengasse No. 1.

Feine gemahl. Raffinade und Raffinade
in Broden empfehle sehr preiswerth. (9285
Albert Meck, Heiligegeistgasse 29.

Ananas-Früchte,
Pugliser Apfelsinen,
Duchesse Birnen,
Meraner Tafelobst:
Rosmarin-Aepfel,
Maschanzger-Borsdorfer,
Edelrothe
empfiehlt
J. G. Amort.

Neufchatel-Käse
prima Qualität
3 Mark 25 Pfg. per Dutzend
empfiehlt
J. G. Amort,
Langgasse 4. (9284

Echten Emmenthaler Schweizerkäse, allerfeinste Qualität, Bayerischen Schweizerkäse, Tilsiter Käse, fetten alten und frischen Werder Käse, Limburger Käse empfiehlt
Arnold Nahgel, Schmiedegasse 21.

Hiesigen Sauerkohl, Dillgurken, Striemelgurken, mit auch ohne Zucker, Preißelbeeren mit auch ohne Zucker, eingelegte Pflaumen mit Zucker, Himbeer-, Kirsch- und Johannistrauben-Saft mit Zucker, eingemachte Blaubeeren und Kirschen empfiehlt
Arnold Nahgel, Schmiedegasse 21.

Braunschweiger Wurst.
Gustav Fehn, Braunschweig.
Versendet gegen 9 M. Nachnahme per Post franco Spesen 8 Pfund beste Braunschweiger Wurst (5 verschiedene Sorten).
Ordres per Postkarte erbeten. (9253

Infolge vieler Anfragen hiermit zur Nachricht, daß noch
feines Tafelobst
von uns abgegeben wird.
Rathke & Sohn,
Praust.
Bestellungen Langenmarkt bei Grentzenberg.

Empfehle meine Conditorei zur gefälligen Beachtung für Damen und Herren, guter Caffee, Chocolade, Punsch, Grogh, Glühwein und Bier wird unter freundlicher Damenbedienung verabfolgt. Achtungsvoll
J. Klann, Conditor, Lange Brücke 17.

Laubsägevorlagen auf Holz gezeichnet, als: Körbchen, Consolen, Handschuhkasten, Cigarrenconsole, Uhrhalter, Streichholzbehälter, Photographierahmen 2c. 2c., Laubsägeholz in Ahorn, Linden, Pappel und Kirschen, Laubsägetischchen, Laubsägebogen, Laubsägen, Drillbohrer, empfiehlt zum billigsten Preise (9250
A. W. Bräutigam,
Gr. Krämergasse 10.

Gelegenheitsgedichte jeder Art fertigt **Agnes Dentler,** Wwe. 3. Damm 13.

Vorträge von Dr. A. E. Brehm

Abends 7½ Uhr. im Apollo-Saale Abends 7½ Uhr.
des Hôtel du Nord.

Freitag, den 16. Novbr.: Das Volks- und Familienleben der Kirgisen.
Numerirter Sitzplatz 1 M. 50 ₰, unnumerirt 1 M. 25 ₰, Stehplatz 1 M., Schülerbillets 75 ₰.
Ein Abonnements-Billet für die 3 letzten Vorträge: Numerirt M. 3.75, unnumerirt M. 3, Stehplatz M. 2.50, Schülerbillets M. 1.50.
9275) **Th. Bertling, Gerbergasse No. 2.**

Ausverkauf.

Drell-Handtücher, rein Leinen, per Dutzend 5 M.,
Taschentücher 4/4 " " " " 3 "
Creas, Bielefelder und Schlesisch-Leinen, Tischgedecke, Tischtücher und Servietten prima Qualitäten, sehr billig,
Dowlas, gute Waare, Elle 25 und 30 ₰,
Shirting, Chiffon, Pique und Wiener Cord äußerst billig,
Schürzenzeug, Elle 40 ₰,
Fertige Einschüttungen, Nählohn gratis,
Oberhemden, gewaschen, 2,50 M.,
Nachthemden 2 Mark,
Damenhemden, garnirt und ungarnirt,
Nachtjacken, garnirt, 1,20 M.,
Bunte Hüftschürzen, garnirt, 80 Pfg.,
Hüftschürzen, blau bedruckt, 1 Mark,
Damenkragen in Leinen 25 und 30 Pfg.,
Steppröcke 3,50 Mark,
Victoriaröcke 3 Mark,
Filzmorgenröcke in guter Qualität
zu herabgesetzten Preisen.

Leinen-Handlung und Wäsche-Fabrik
Potrykus & Fuchs,
10. Wollwebergasse 10.
[9258

Erste Sendung
Prima Astrachaner Perl-Caviar
von N. Szyrakow
empfiehlt in Original-Fässern von 1 bis 12 ℔. russ. Gewicht à ℔. 5 Mark, sowie ausgewogen 5 Mark 50 Pf. (9276
C. M. Martin, Brodbänkengasse 1.

15,000,000 Pfund Sterling = 307,500,000 Reichsmark
5%ige Russische Staats-Anleihe
vom Jahre 1877.

Die Anleihe ist eingetheilt in
Stücke von £ 20 = M. 410. —
" " " 100 = " 2050. —
" " " 500 = " 10250. —

Dieselbe ist mittelst alljährlicher Verloosung **innerhalb 37 Jahren al pari** rückzahlbar.
Zeichnungen zum Emissionscourse von **76½ % franco Provision** nehmen wir bis Donnerstag, den 15. November cr., 12 Uhr Mittags, entgegen.
Meyer & Gelhorn, Danzig,
9216) **Bank- und Wechsel-Geschäft.**

Photographisch-artistisches Atelier
von
Gottheil & Sohn.

Da die Anfertigung großer und lebensgroßer Bilder, sowie Kopien, längere Zeit beanspruchen, so erlauben wir uns ein geehrtes Publikum darauf aufmerksam zu machen, uns mit ihren Aufträgen zum Feste frühzeitig zu beehren. (9264
Richard Gottheil.

Winter-Mäntel
für Damen und Mädchen
in großartigster Auswahl
zu auffallend billigen Preisen.
H. Peril, Langgasse No. 70.

Das Schuh- und Stiefel-Lager
von
Jopengasse 56. **Theodor Wolwe,** Jopengasse 56,
empfiehlt Winter-Schuhe von den feinsten bis zum einfachsten von 1 M. 25 ₰, Ball- und Salon-Stiefel, Ball-Schuhe in Atlas, Bronce, Engl. Leder und Brünell, Herren-, Damen- und Mädchenstiefel in größter Auswahl zum billigsten, festen Preise. Bestellung nach Maaß wie auch jede Reparatur wird sauber und billig ausgeführt. (9291
Ergebenst **Theodor Wolwe.**

Geschnittene Bauhölzer
in allen Dimensionen und passenden Längen, sowie alle Sorten **Bohlen und Dielen** sind billig zu haben bei (8204
J. C. Sulewski, Feldweg Nr. 1.

Meinen bedeutenden Vorrath an **Kiefern Bauholz, Buchen Schirrholz,** sowie verschiedenes **Klafter-Holz** offerire ich zum täglichen Verkauf in der **Borschauer Waldparzelle** bei Pr. Stargardt zu nachstehenden Preisen

buchen Kloben	4 Meter	M.	18,10
buchen Knüppel	4 "	"	15,10
kiefern Kloben	4 "	"	15,10
kiefern Knüppel	4 "	"	10,10
buchen Reiserh.	4 "	"	9,10

wie **Bau- u. Schirrhölzer** möglichst billig
8205) **J. C. Sulewski.**

Das zur W. Stechern'schen Concursmasse gehörige Lager von Schuhwaaren, Stiefeln und Zubehör, abgeschätzt incl. Utensilien auf ca. 4900 Mk., will ich bei angemessenem Gebote im Ganzen abgeben.
Reflectanten ersuche ich um Meldung bis zum 20. d. Mts. (9268
Eduard Grimm,
Concurs-Verwalter.
Hundegasse Nr. 77.

Die Milch
von ca. 150 Kühen
ist vom 1. December cr. an einen cautionsfähigen Meier zu verpachten. Persönliche Meldungen erwünscht. (9242
Altfelde, Station an der Ostbahn.
Wunderlich.

Da sich viele auswärtige Güter-Käufer bei mir gemeldet, so bitte ich um specielle Anschläge v. Gütern jeder Größe, Höhe wie Niederung.
F. A. Deschner, Agent,
Danzig, Goldschmiedegasse 5.

Eine Centesimalwaage
mit schwingender Brücke, 200 Ctr. Tragkraft. 4,5 × 2,0 die in Helsingfors ausgestellt war, ist billig zu verkaufen. Näheres durch J. Levy jr., neuer Wandrahm 14, Hamburg.

Ein gutes mahagoni Cylinder-Bureau
ist wegen Mangel an Raum sofort zu verkaufen **Wollwebergasse 9** im Laden.

Ein recht guter mah. Flügel 6¾ Oct. versetzungsh. f. b. zu verk. Frauengasse 29.

Ein gut erhaltenes Pianino mit vollem Ton wird zu kaufen gesucht. Adressen mit Preisangabe unter Nr. 9171 in der Exped. d. Ztg. erbeten.

Ein engl. Kamin ist billig zu verkaufen
Hundegasse 8 im Comtoir. (8281

Ein elegant. kräft. Schwarzschimmelwallach, ruh. Einspänner, 5 Zoll groß, 6 Jahre alt, preisw. zu verkaufen Schw. Meer 9. Z. besehen bis 9 Uhr Morg. u. 1—3 U. Nachm.

Ein zur ersten Stelle stehendes
5 proc. Hypothekendocument
über 4000 Thlr., nach fünf Jahren zahlbar, ist zu verkaufen. Reflectanten belieben ihre Adresse unter No. 9259 in der Exped. d. Ztg. einzureichen.

Ein Besitzer wünscht ein Hypothekendarlehn von
einigen 1000 Thalern
von einem Selbstdarleiher event. zu 6 %. Näheres in der Exp. d. Ztg. u. 9267.

Einen Lehrling sucht für sein Colonial- und Destillations-Geschäft
J. E. Schulz, III. Damm 9.

Ein Lehrling
kann sofort eintreten bei (9217
Carl Schnarcke.

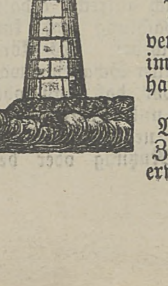
Eine geübte Friseuse
findet sofort ein Engagement bei
Carl Küstner, Coiffeur,
9240] **Graudenz.**

Ein tücht. Wirthschaftsfrl. in mittl. Jahren, das stets mehrere Jahre auf Stellen auf dem Lande, auch in der Stadt gewesen, ganz f. Küche, Bäckerei, feine Wäsche u. Maschinennäh. verst. empf. J. Hardegen, Hl. Geistg. 100.

Ein Maschinist in Besitz f. guter Zeugn. seiner Fähigkeit wünscht p. 1. Jan. anderw. Engagem. Adr. unt. 9249 in der Exp. d. Ztg. erbeten.

Eine perfecte zuverlässige Wirthschafterin, welche mehrere Jahre in großen Wirthschaften thätig gewesen, gegenwärtig noch in Stellung, will sich von Neujahr 1878 verändern, und wünscht wieder in einer großen Wirthschaft sei es in d. Stadt oder auf d. Lande Engagement. Gef. Adr. unter Nr. 9261 in d. Exped. d. Ztg. erbeten.

Gr. Wollwebergasse 11
sind in der 2. und 3. Etage zwei herrschaftliche neu decorirte Wohnungen per gleich oder per Januar zu vermiethen. (9270



Seeschiffer-Verein.
Versammlung.
Sonnabend, d. 17. November cr., Nachm. 2 Uhr im Saale des Gesellschaftshauses.
Tagesordnung:
Wahl des Vorsitzenden.
Zahlreiche Betheiligung erwünscht.

Gambrinus-Halle.

Meinen neu eingerichteten
Mittagstisch
von 12 bis 3 Uhr zu 60 und 80 Pfg. empfehle zur geneigten Benutzung.
H. Reissmann.
NB. Cösliner Lagerbier à 15 Pfg., Cösliner Pilsener à 20 Pfg. in vorzüglicher Qualität.

Schoewe's Restaurant,
36 Heiligegeistgasse 36
empfiehlt
sich dem geehrten
Publikum.

Restaurant Lipinski.
Verzapfe
Braunsberger Bergschlößchen
vorzüglicher Qualität à Glas 15 Pf.,
Echt Erlanger
von J. G. Reiff
à Glas 25 Pf. neben einer sehr reichhaltigen Speisekarte, täglich:
Königsberger Rinderfleck,
Sauerfleck gebraten,
Karpfen in Bier u. s. w.
9224) **Lipinski.**

Vorläufige Anzeige.
Aufführung des
Danziger Gesang-Vereins
Sonnabend, den 8. Decbr. a. c.
Die Jahreszeiten
von Jos. Haydn.
Feste Plätze à 3 Mk. bei Herrn
C. Ziemssen, Langgasse 77.

Vorläufige Anzeige.
Friedrich-Wilhelm-Schützenhaus.
Mittwoch, den 21. November c.:
CONCERT
zum Besten des hiesigen
Militair-Frauen-Vereins,
ausgeführt von der Kapelle des 3. Ostpr. Grenadier-Regiments No. 4 unter Leitung ihres Directors Herrn **Buchholz.**
Der Vorstand.

Friedrich-Wilhelm-Schützenhaus.
Donnerstag, den 15. November cr.:
Zweites
Wochen-Concert.
Entree wie gewöhnlich. Anfang 7 Uhr.
9278) **H. Laudenbach.**

Stadt-Theater.
Donnerstag, den 15. Novbr. (3. Abonn. No. 9). **Dora.** Schauspiel in 5 Acten von Victorien Sardou.
Freitag, den 16. Novbr. (3. Abonn. No. 10). Vollständig neu einstudirt: **Iphigenia in Tauris.** Aus dem Französischen des Herrn Guilland, Musik von Gluck.
Sonnabend, d. 17. November. (Abonn. susp.) **Zu halben Preisen: Die Räuber.** Trauerspiel in 5 Acten von Schiller.

Operngläser
empfiehlt in großer Auswahl
Gustav Grotthaus,
Hundegasse Nro. 97, Ecke Matzkausche-Gasse.

Iphigenie in Tauris-Texte
leihweise a 10 ₰
Alex. Goll, Gerbergasse 10.
Musikalienhdl. u. Leihinstitut.

Wilhelm-Theater.
Langgarten 31.
Donnerstag, den 15. November 1877:
Große brillante Vorstellung.
Auftreten des gesammten Personals: **Komik, Gesang, Ballet und Gymnastik.**
Auftreten
der Bourbonel-Folchini-Trup.
Fünftes Auftreten der **Wiener Salon-Jodlerin Frl. Carola.**
Kassenöffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.
Tages-Billet-Verkauf von 11 bis 1 Uhr im Wilhelm-Theater.
In Vorbereitung **„Amazonen-Insel"**, Große Ausstattungs-Operette von E. Lindener.
Die Direction.

Fröbel-Lehrerinnen-Seminar-Lotterie,
Ziehung Mitte December cr. in Berlin
Loose a 3 M. bei
9274) **Th. Bertling, Gerberg. 2.**

Verantwortlicher Redacteur H. Röckner,
Druck und Verlag von A. W. Kafeman in Danzig.
Hierzu eine Beilage.